Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 5.— Mk., durch unsere Austräger 5.— Mk. und 50 Pfg. Zustellungsgebühr, durch unsere Landboten 5.— Mk. und 75 Pfg. Zustellungsgebühr, durch die Post bezogen 6 Mk. einschl. Bestell- und Bezugsgeld. Einzelnummer 50 Pfg.

Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 30 Pfg., im Reklameteil 1,20 Mk., für Ziffernanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.

Postscheckkonto: Leipzig 39070.

Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.

Mit den wöchentlich 7 maligen Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg" und „Amtsblatt der Stadt Merseburg". der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der gratislos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 131 — Mittwoch den 8. Juni 1921 — 47. Jahrg.

Programmreden im Preußenhause.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Die Reden die jetzt im Preußischen Landtage gehalten worden sind, dürfen ein über Preußen weit hinausgehendes Interesse beanspruchen. Schon die Tatsache, daß der Ministerpräsident Stegerwald an zwei Tagen hintereinander gesprochen hat, spiegelt die allgemeine deutsche Bedeutung der preußischen Landtagsdebatten wieder. Es ist nur natürlich, daß die Geschehnisse im Reiche ihren Widerhall in den Parlamenten der einzelnen Länder finden. Es ist auch wahrscheinlich, daß die Neubildung der Regierung im Reiche seine Rückwirkungen auf die Länderregierungen haben wird. Gerade wer — wie die Deutsche demokratische Partei — immer die Notwendigkeit einer Homogenität zwischen Reichsregierung und preußischem Staatsministerium betont hat, wird nicht umhin können, jeden Weg, der zu diesem Ziele führt, gangbar zu machen. Allerdings wäre es falsch, wenn man in dieser Frage mit Hast vorgehen würde. Im Reiche haben sich die Verhältnisse noch nicht recht gesetzt, und es ist schon notwendig, einen gewissen Abschluß und eine erkennbare Klärung eintreten zu lassen, ehe man in den Ländern mit der Regierungsbildung nachfolgt. Der Ministerpräsident Stegerwald hat die Umbildung der preußischen Regierung für sachlich notwendig und politisch erwünscht erklärt, aber er hat durchaus recht, wenn er sagt, daß sich erst eine klare Mehrheit zusammenfinden und diese Mehrheit sich über einen Ministerpräsidenten verständigen müsse, ehe er selber zurücktritt. Diese Forderung ist berechtigt. Es darf nicht wieder so gehen wie bei der letzten Regierungsbildung, daß die Parteien monatelang sich in einem ständigen Kreise bewegen und immer neue Hindernisse für die Lösung einer Frage schaffen.

Man wird am schnellsten zu einer befriedigenden Lösung der Regierungsfrage und damit dann zu sachlicher Arbeit kommen, wenn man endlich einmal mit der Einstellung auf rein parteitaktische Fragen bricht. Die Programmreden der einzelnen Minister im Landtage, des Ministerpräsidenten, des Finanzministers und des Landwirtschaftsministers haben gezeigt, wie ernst die Probleme sind, die ihrer Lösung harren. Nichts wäre abweiger, als die großen Grundfragen des Staates, wie Finanzreform, Beseitigung der Defizitwirtschaft, Verwaltungsreform und Schulgesetze der Lösung durch Zufallsmehrheiten anzuvertrauen. Das geht einfach nicht. Man muß endlich hüben und drüben einsehen, daß der von den Demokraten vertretene Gedanke einer breiten Mitte Voraussetzung für eine geordnete Entwicklung und sachliche Erledigung ist. In dieser Hinsicht besteht auch zwischen den beiden Regierungsparteien in Preußen, dem Zentrum und den Demokraten, volle Übereinstimmung. Insbesondere deckt sich mit den demokratischen Auffassungen durchaus die Anschauung des Ministerpräsidenten Stegerwald, daß unsere neuen staatlichen Verhältnisse untrennbar verknüpft sind mit dem Führerproblem. Ohne Persönlichkeiten ist die Politik des neuen Deutschland, die das Programm durch Arbeit zur Freiheit verwirklichen will, nicht denkbar. Daß diese Persönlichkeiten aus allen Volksschichten hervorwachsen können, dafür ist gerade Herr Stegerwald ein lebendiger Beweis. Er hat seine zweite Rede mit allerlei Persönlichem gewürzt, aber man wird dagegen um so weniger einzuwenden haben, als dieser Arbeiterführer von einst es wirklich ernst meint, wenn er sagt, er sei erst Deutscher, dann Parteimann, erst Deutscher dann Arbeiter, erst Staatsbürger, dann Parteipolitiker. Hier berührt er sich mit jener Politik der Sachlichkeit, die außerordentlich überzeugend von den beiden demokratischen Rednern Oeser und Schreiber vertreten wurde. Auch sein Vorsatz, in den preußischen Finanzen Ordnung zu schaffen, deckt sich mit dem festen Willen der demokratischen Führer. Der Abg. Oeser hat mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Grundsteuer den Ländern und Gemeinden bleiben müsse. Aus den Mitteilungen des Finanzministers Saemisch war zu entnehmen, daß in dieser Forderung Regierungsparteien und Fachminister sich völlig einig sind. Nun ist es allerdings unmöglich, daß die fehlenden 2,36 Milliarden etwa aus der Grundsteuer für den Staat gewonnen werden können. Im Gegenteil, die schreiende Finanznot der Gemeinden erfordert eine besonders pflegliche Behandlung der Grundsteuer. Hier darf den Gemeinden nicht das Wasser allzu sehr abgegraben werden. Es wäre auch ein Ding der Unmöglichkeit, die Gewerbesteuer noch schärfer auszugestalten. Handel und Gewerbe, besonders die mittleren und kleineren Betriebe, sind heute bereits an der äußersten Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Es war darum ein glücklicher Gedanke des demokratischen Sprechers Dr. Schreiber, eine progressive Grundsteuer anzuregen. Diese würde als eine Art Gewerbesteuer für den Großgrundbesitz in der Landwirtschaft wirken, während sie den landwirtschaftlichen Kleinbesitz verhältnismäßig entlastet. Neben der größeren Ergiebigkeit hätte eine solche Steuer noch den Vorzug, anregend und fördernd auf die Siedlung einzuwirken. Der Abg. Schreiber hat aber auch mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß die staatseigenen Betriebe in ihren Erträgnissen noch steigerungsfähig sind. Das gilt vielleicht von den Bergwerken, wahrscheinlich auch von den Forsten, sicher aber von den Domänen. Es ist direkt lächerlich, wie gering die Pachtsteigerung bei den neuverpachteten Domänen ist. Der Landwirtschaftsminister hat ein sachliches Programm gegeben, das gleichfalls sich mit den demokratischen Forderungen deckt. Wenn er die Vermehrung der ansässigen Landbevölkerung durch dichtere Siedlung des vorhandenen Kulturlandes und durch Neusiedlungen an die Spitze seiner Ausführungen stellte, so begegnet er sich mit dem, was die Demokraten seit drei Jahren unablässig verkünden. Es sollen nun in Zukunft jährlich 4000 Neusiedlungen geschaffen werden, das mildert die Arbeitslosigkeit und fördert durch den wachsenden Inventarbedarf Handwerk und Industrie. Arbeiterwohnungen sollen besonders auf dem Lande geschaffen werden und durch die Vermehrung und Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung soll möglichst dahin gewirkt werden, daß wir von der Lebensmitteleinfuhr, die in den letzten Friedensjahren 3 Milliarden Goldmark überstieg, völlig befreit werden. Daneben soll das ländliche Genossenschaftswesen gefördert, die fachliche Schulung der Landwirte verbessert und das landwirtschaftliche Versuchswesen gepflegt werden. Alle diese wichtigen Fragen sind nicht mit Parteigezänk zu lösen. Das gilt nach beiden Seiten hin. Der Ministerpräsident hat Worte der Ermahnung nach links gerichtet, der demokratische Redner Dr. Schreiber vervollständigte diese Mahnungen. Es ist sicherlich, wenn der sozialistische Redner Braun die Behauptung der Ententepresse kritiklos weitergibt, das Wehrministerium beschäftige 800 Offiziere. Aber ebenso unsachlich ist die deutschnationale Agitation gegen die Annahme des Ultimatums. In Wahrheit sind die Herren heilfroh, daß sie die Verantwortung nicht zu tragen brauchen. Sachlichkeit muß die Losung sein!

Ein Appell des deutschen Reichskanzlers an England.

London, 8. Juni. Der deutsche Reichskanzler erklärte gegenüber dem Berichterstatter der „Daily News" über die oberschlesische Frage, es sei zwecklos, die Tatsache zu verheimlichen, daß das gesamte deutsche Volk sehr enttäuscht sei. Das deutsche Volk habe erwartet, daß die interalliierten Truppen in Oberschlesien die Sache der Gerechtigkeit vertreten würden. Er sehe jedoch, daß bisher kein Versuch gemacht worden sei, um die Polen zu zwingen, die Autorität der Interalliierten Kommission anzuerkennen. Eine klare Politik seitens der Alliierten sei in Oberschlesien nötig. Der Reichskanzler sagte weiter, die deutsche Regierung tue weiterhin ihr äußerstes, um die deutsche Bevölkerung in Oberschlesien zu beruhigen; es sei aber sehr schwierig, das Volk, das bitter enttäuscht sei, zurückzuhalten. Trotz aller Enttäuschungen wolle die Regierung aber in dieser Politik der Mäßigung in Oberschlesien fortfahren, und sie hoffe, daß das Versprechen Englands, Deutschland fair play zu geben, nicht gebrochen werde. Dr. Wirth erklärte außerdem, die deutsche Regierung beabsichtige, unterstützt von der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes, ihre den Alliierten gegebenen Versprechungen zu halten, bevor die festgesetzte Zeitspanne abgelaufen sei.

Eine Entspannung der Lage in Oberschlesien.

Berlin, 8. Juni. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Wie uns von zuständiger Stelle in Berlin erklärt wird, ist heute morgen ein englisches Bataillon in Gleiwitz eingerückt. Es hat sogleich die Ruhe wieder hergestellt und die polnischen Insurgenten sind sofort verschwunden. In Klappitz ist eine Kompagnie Italiener eingerückt. Der englische Besetzungsplan sah zunächst die Besetzung von Gleiwitz vor, von wo dann die Besetzung von Hindenburg, Beuthen, Kattowitz und Königshütte erfolgt. Die erste Etappe dieses Vormarsches ist jetzt erreicht. Es hat den Anschein, daß die Säuberung Oberschlesiens von den polnischen Insurgenten bald vollständig sein wird. In der Stimmung der oberschlesischen Bevölkerung ist eine deutliche Entspannung festzustellen. Die Beruhigung vertieft sich durch die Wahrnehmung, daß die alliierten Truppen gemeinsam vorgehen, daß also die Engländer den Widerstand des französischen Generals Le Rond gegen eine durchgreifende Aktion überwunden zu haben scheinen. Auch Korfanty ist bereits von den Ententetruppen besetzt.

Ratibor, 8. Juni. (WTB.) Nachdem am Sonnabend die Vorstadt Plania unter dem polnischen Artilleriefeuer gelegen hat, richteten die Insurgenten morgens gegen 4 Uhr eine Anzahl 7,5 Handgranaten auf die Stadt.

London, 8. Juni. (WTB.) Reuter erfährt, daß gestern früh im Auswärtigen Amt keine neuen Nachrichten über die Lage in Oberschlesien vorlagen. Der letzte Schritt ist die von den Alliierten dem General Höfer zugegangene Mitteilung, die auch von alliierter Seite in Berlin unterstützt wurde. Das englische Kabinett prüft die deutsche Note, die gestern vom Botschafter Schanzer abgegeben wurde.

England lehnt die französische Einmischung in das englisch-russische Abkommen ab.

Paris, 8. Juni. (WTB.) Havas meldet aus London: Es verlaute, daß gegenwärtig vom Auswärtigen Amt eine Antwort auf die gestern im „Daily Telegraph" veröffentlichte französische Note betr. das englisch-russische Abkommen abgefaßt werde. Neuer zufolge wird in dieser Antwort ausgeführt werden, England könne nicht alle von der französischen Regierung vorgebrachten Argumente anerkennen. Insbesondere können die von den englischen Gerichten gefällten Entscheidungen nicht abgeändert werden. Wenn der Angeklikt für eine allgemeine Regelung zwischen den Vertretern der verschiedenen Mächte gekommen sein werde, die mit den englisch-russischen Handelsabkommen nichts zu tun habe, dann würden die französischen Forderungen, wie dies der englische Premierminister bereits öffentlich in unzweideutiger Weise erklärt habe, volle Beachtung finden. In diesem Augenblick werde Lloyd George die Franzosen, wie er es versprochen habe, unterrichten.

Eine neue Abstimmung der englischen Bergarbeiter.

London, 8. Juni. (WTB.) Der Vollzugsausschuß der Bergleute beschloß, die Vertreter der Bergleute zu der Konferenz vom 10. Juni einzuladen. Er rät den Mitgliedern, die Vorschläge der Grubenbesitzer zur Abstimmung zu unterbreiten.

Der Reichskanzler im Reichswirtschaftsrat über das Ultimatum

Berlin, 8. Juni. (WTB.) In der Sitzung des Reichswirtschaftsrates am heutigen Vormittag ergriff vor Eintritt in die Tagesordnung der Reichskanzler Dr. Wirth das Wort. Er führte aus, daß die außenpolitische Lage unser Jawort zu dem Ultimatum geklärt habe. Nicht geklärt sei die Frage der Regelung der Einzelheiten, die aus dem Ultimatum uns erwachsen. Wir haben in unserer auswärtigen Politik dem Gedanken Rechnung getragen, der der Leistern unseres Volkes ist. Auch in der oberschlesischen Frage haben wir versucht, das Verhältnis der Deutschen zu der Interalliierten Kommission und zu den Polen auf dem Boden der Verständigung zu regeln, ohne daß die Waffen im Bürgerkrieg das letzte Wort zu sprechen haben. Wir können uns in der oberschlesischen Frage von dem Recht, das uns durch den Vertrag von Versailles gegeben ist, nicht abringen lassen. Die oberschlesische Frage darf nicht nur durch die Diktatur der polnischen Insurgenten gelöst werden. Die Hauptsache ist, daß wir jetzt nicht die Nerven verlieren, daß die oberschlesische Frage durch Schiedsspruch des Obersten Rates gelöst wird, der nicht an dem Ergebnis der Abstimmung, die überwiegend deutsch war, vorübergehen kann. (Beifall.) Der Reichskanzler hat ferner den Reichswirtschaftsrat um seine Mitarbeit bei der schwierigen Aufgabe der Durchführung der Verpflichtungen des Ultimatums. Vor allem sei die Frage der Ausführbarkeit und die Herausfindung eines neuen Index eine gewaltige Aufgabe für die sachkundigen Beratungen des Reichswirtschaftsrates. Mit Pessimismus wollen wir an diese Aufgabe nicht herangehen, sondern mit Mut und Optimismus. Alle Kreise müssen sich darüber klar sein, daß nicht durch neue Kriege, sondern durch Opfer und Leistungen dem Vaterlande der Weg zu neuer Freiheit gebahnt werden kann. (Lebhafter Beifall.)

Das englische Kabinett gegen eine französisch-englische Allianz.

Paris, 8. Juni. (WTB.) Havas läßt sich aus London melden, nach Informationen, die aus amtlichen englischen Kreisen stammten, sei auf Anregung des Auswärtigen Amtes die neuerdings in der französischen und der englischen Presse vielfach erörterte Frage einer fest umrissenen Entente zwischen Frankreich und England in drei Sitzungen des englischen Kabinetts zur Sprache gekommen. Die Idee sei in der Form vorgebracht worden, daß England sich verpflichten solle, im Falle eines neuen Angriffes Frankreich beizustehen und daß Frankreich als Gegenleistung die englischen Bedenken gegen eine Besetzung des Ruhrgebietes berücksichtigen und mit England auch im Orient zusammenhalten solle. Für diese Entente seien zwei oder drei Minister, darunter Lord Curzon und Chamberlain, eingetreten. Die Mehrheit der Minister, darunter Churchill, habe aber den Plan nicht unterstützt. Gegenwärtig werde die Frage von den amtlichen Stellen nicht mehr erörtert.

Belgiens Zahlungsforderungen an Deutschland.

Paris, 8. Juni. (Priv.-Telegr.) Eine Brüsseler offizielle Depesche erklärt, daß Belgien gemäß den Abmachungen von Boulogne und Spa nicht darauf eingehen könne, durch den Erlös der deutschen Schuldverschreibungen bezahlt zu werden, sondern daß Belgien ein Vorrecht auf alle Zahlungen Deutschlands habe, so lange die Kosten der Besatzungsarmee nicht gedeckt seien. Die belgische Note erklärt ferner, daß die Frage der Kosten der Besatzungsarmee sowie die an Deutschland zu bezahlenden Kohlenpreise demnächst auf einer internationalen Konferenz in London oder Paris erörtert werden solle. Diese Konferenz werde sich auch mit der Verteilung der Summen befassen, die Deutschland bereits bezahlt habe oder bezahlen werde, wobei auf die beiden Privilegien, die Kosten der Besatzungsarmee und die Priorität Belgiens Rücksicht genommen werden müsse.

Zusammentritt des Parlaments von Nordirland.

London, 8. Juni. (WTB.) Nach einer Reutermeldung aus Belfast ist gestern das Parlament von Nordirland zusammengetreten. Nach der Wahl des Präsidenten wurden die Abgeordneten vereidigt. Der Premierminister James Craig verlas darauf die Liste der Mitglieder seines Kabinetts.

Die Lage im Reiche.

Der Riesenfehlbetrag im Reichshaushalt in den Monaten April und Mai.

Nach uns in Berlin gewordenen Mitteilungen weist der Reichsetat für die beiden Monate April und Mai nach den vorläufigen Ergebnissen 3,8 Milliarden Fehlbetrag auf. Die Reichspost hat in den beiden Monaten je 750 Millionen Mark Fehlbetrag, die Eisenbahn 1,3 Milliarden Mark.

Reichskanzler Wirth über das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich.

Paris, 8. Juni. Reichskanzler Dr. Wirth hat dem Berliner Korrespondenten des „Matin" eine Unterredung gewährt und u. a. gesagt: Die Konferenz von Spa sei eine schwere Prüfung für Deutschland und Frankreich gewesen. Das Deutsche Reich habe den Alliierten damals in einer volkswirtschaftlichen Krisis einen beträchtlichen Teil seiner Kohlenproduktion abtreten müssen. Wenn er damals die deutsche Politik geleitet haben würde, hätte er der Entente eine sehr große Summe als Reparation angeboten. Dann hätte sich der politische Horizont ein wenig früher aufgehellt und man hätte kostbare Zeit gewonnen. Seit Spa hätten sich die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland mehr und mehr verschlechtert. Deshalb glaubt Wirth, daß die Londoner Konferenz unter ungünstigen Bedingungen begonnen worden sei. Es sei aber bedauerlich, daß die Verhandlungen gescheitert seien. Die jetzige Regierung Deutschlands, unterstützt von der Mehrheit des deutschen Volkes, werde die Bedingungen des Ultimatums ausführen. Nach mehr oder weniger zurechtgemachten Statisiken könne man unmöglich die Produktionsfähigkeit Deutschlands feststellen. Das sei ein großes akademisches Spiel, an dem gewisse Volkswirtschaftler Gefallen finden, das aber von den Politikern nicht ernst genommen zu werden brauche, die ganz genau wüßten, welchen Überraschungen man sich aussetze, wenn man im voraus die industriellen zukünftigen Kurse Deutschlands festlegen wolle. Die Regierung werde sich darauf beschränken, die praktischen Methoden zu suchen, um die Reparationspflicht in vollem Umfange zu erfüllen. Mehr als alle Reden seien Geldzahlungen und Sachlieferungen geeignet, den Weg zu einer Annäherung zu geben. Insbesondere werde er alle Sorgfalt darauf verwenden, daß in dem angeführten Zeitraum das Ultimatum eingehalten werde. Der Reichskanzler sprach dann über die

Entwaffnungsfrage in Bayern,

die er in günstigem Sinne beurteilte. Er sagte, er sei überzeugt, daß es in Bayern keine großen Waffendepots gebe und daß in einigen Tagen die Bürgerwaffen und die schweren Waffen abgeliefert werden. Was Oberschlesien betrifft, so erklärte Dr. Wirth, General Höfer sei Oberschlesier. Er verteidige seine eigenen von den polnischen Aufständischen bedrohten Landsleute. Er sei ein tapferer Soldat und ein sehr entgegenkommender Mann. Er habe die feste Hoffnung, daß die Interalliierte Kommission in diesen Tagen mit ihm ein Abkommen treffen werde. Er besitze keine Autorität über den General oder seine Truppen. Er werde aber das möglichste tun, um ein Einverständnis zwischen den Parteien zu erleichtern. Besondere Gerechtigkeit müsse er der deutschen Bevölkerung in Oberschlesien angedeihen lassen. Sie habe Beweise einer wahrhaften Engelsgeduld gegeben, unterstützt von der Hoffnung, daß Oberschlesien deutsch bleiben werde. Die Oberschlesier glaubten nicht mehr an die Gerechtigkeit, das sei eine sehr gefährliche Geistesverfassung. Es sei jetzt endlich Zeit, daß die interalliierte Kommission die Rechte und das Leben der deutschen Bevölkerung schütze. Tue sie das nicht, dann sei Oberschlesien vom Bürgerkrieg bedroht. Niemand sei verpflichtet, seinen Hals dem Würger darzubieten. Wirth erklärte, noch vor Weihnachten werde das erste Drittel des

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210608-18/fragment/page=0001

Reichsnotopfers eingegangen sein. Den notwendigen Teil der Einnahmen für die Ausführung der Reparationen werde er durch direkte Steuern verlangen. Das einzige Ziel seiner Politik sei, die Bedingungen des Ultimatums zu erfüllen. Er wünsche mit allen Parteien in der Regierung zusammenzuarbeiten.

Ministerpräsident Stegerwald über die Umbildung des preußischen Kabinetts.

Der preußische Ministerpräsident Stegerwald erklärte einem Redakteur des „B. T." über die Umbildung des preußischen Kabinetts, er trete für eine Politik der Mitte ein, die von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie reiche. Die Wiedergutmachungsleistung auf Grund des Ultimatums stelle nicht nur an das Reich, sondern auch an die Länder, vornehmlich an Preußen, so hohe Anforderungen, daß die Grundlage der Regierung als Exekutivorgan nicht bereit genug sein könne.

Das Umlageverfahren bei der Getreidebewirtschaftung.

Im volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstags wurde gestern gegen die Stimmen der Demokraten und der Deutschnationalen die freie Getreidebewirtschaftung abgelehnt. Es wird also am Umlageverfahren festgehalten. Eine ausgedehnte Aussprache knüpfte sich an die Frage der Höhe der Umlage. Der Regierungsvorschlag war 3 Millionen, die Sozialdemokraten beantragten Heraufsetzung auf 4,5 Millionen, Demokraten, Volkspartei und Deutschnationale die Herabsetzung auf 2,5 Millionen Tonnen. Nachdem die Regierung sich mit der Herabsetzung einverstanden erklärt hatte, wurde sie angenommen. Gegenüber sozialistischen Einwendungen, daß die Verbraucher durch den Handel bewuchert würden, wies der Demokrat Keinath darauf hin, daß die Nutzenspanne des Getreidehandels in Friedenszeiten ganz gering und viel niedriger gewesen sei als der Nutzen der Behörden in der Zwangswirtschaft. Eine spekulative Ringbildung sei bei der in mehrere Zehntausende gehenden Zahl der Getreidehändler völlig ausgeschlossen, der Zusammenschluß für den Einfuhrhandel wolle nur das Risiko auf breitere Schultern abbürden. Zur Verteilung der Umlagen lag ein Antrag der Deutschnationalen, der Volksparteiler und der Demokraten vor, den der Demokrat Böhme begründete. Böhme hatte seinen ursprünglichen Antrag, Getreideanbauflächen von 2 Hektar der kleineren Betriebe freizulassen, infolge des Widerstandes der Regierung zurückgezogen, frei bleiben sollen kleinere Betriebe von 1 Hektar Getreideanbaufläche. Böhme führte aus, daß die Betriebe von 2 bis 10 Hektar prozentual nicht so belastet werden sollen wie die Großbetriebe. Zu diesem Zwecke müßten selbst die Selbstversorgerrationen von 0,86 Tonnen auf 1,44 Tonnen erhöht werden. § 2 wurde nach diesen Vorschlägen angenommen. Der Festsetzungstermin wurde auf den 1. Juli festgesetzt, das Liefersoll ist bis zum 1. August bekannt zu geben. Die Festsetzungskommission soll aus Verbrauchern und Erzeugern gebildet werden.

Zur Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehren.

München, 8. Juni. Die Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehren macht weitere Fortschritte. Die im Besitz der Einwohnerwehr befindlichen Waffenlager sind zum größten Teil bereits an die Treuhandgesellschaft abgeführt. Mit der Entwaffnung der einzelnen Wehrleute ist begonnen worden.

Politische Uebersicht.

Vom Kongreß der Völkerbundvereinigung.

Genf, 8. Juni. In der Eröffnungssitzung des Kongresses der Völkerbundvereinigung betonte Altbundesrat Ador u. a., daß Abänderungen des Völkerbundvertrags nur vorgenommen werden dürften, wenn man der Zustimmung aller Völkerbundsmitglieder sicher sei, da sonst die Gefahr verschiedener Austritte bestehe. — Der belgische Senator Lafontaine bekämpfte die Politik des Zögerns und Wartens, die gewisse Persönlichkeiten im Völkerbund betrieben, und verlangte, daß man mit mehr Kühnheit an die Aufgaben der Zeit herangehe. — Der Vorsitzende der französischen Gruppe Professor Appell, Rektor der Universität Paris, sprach die Hoffnung auf einen Beitritt Amerikas aus und erklärte, daß gegenwärtig die gewissenhafte Erfüllung der Verträge die einzige Rettungsmöglichkeit für die Menschheit biete. Die französische Gruppe sei bereit, allen jenen die Hand zu reichen, die in Deutschland und anderswo die unterzeichneten Verträge innehalten. — Von den übrigen Rednern erntete besonders Graf Apponyi-Ungarn lebhaften Beifall, als er darauf hinwies, daß kranke Staatengebilde eine furchtbare Gefahr für die ganze Volksgemeinschaft seien.

Die Abstimmungskrisis in Österreich.

Auch England erhebt Einspruch.

Rotterdam, 8. Juni. Reuter meldet: Die englische Regierung hat sich dem Einspruch der übrigen Alliierten bei der Bundesregierung in Wien gegen die Fortsetzung der Volksabstimmungen in Österreich angeschlossen.

Eine neue Wendung in der steirischen Abstimmungspolitik.

Wien, 8. Juni. Die Regierung von Steiermark hat sich der Bundesregierung gegenüber bereit erklärt, dem Landtag von Steiermark die Entscheidung zu überlassen, ob die Volksabstimmung vertagt werden soll, um außenpolitische Schwierigkeiten für den jetzigen Augenblick zu vermeiden.

Frankreichs Einspruch gegen das englisch-russische Handelsabkommen.

London, 7. Juni. Wie der „Daily Telegraph" erfährt, hat am 26. Mai der französische Minister des Äußern der britischen Botschaft in Paris eine von Briand unterzeichnete Note über die Handelsbeziehungen mit Räterußland überreicht. Die Note enthält einen energischen Einspruch gegen die in Art. 9 des britischen Handelsabkommens mit Rußland niedergelegten Grundsätze und gegen die durch die Entscheidung des britischen Appellationsgerichts geschaffene Lage. Briand legt dar, Art. 9 des Abkommens könne dahin ausgelegt werden, daß er den Bolschewisten gestatte, nach England nicht nur Geld, sondern auch Wertpapiere auszuführen, die nicht als Eigentum der britischen Regierung anerkannt werden könnten. Briand erklärt, dadurch würden die Franzosen ihres Eigentums, das von den Bolschewisten für beschlagnahmt erklärt worden sei, verlustig gehen. Die französische Regierung begreife vollkommen die Notwendigkeit der Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland; diese könnte jedoch nur erfolgen, wenn die früheren Schulden anerkannt und die räuberische Gesetzgebung für nichtig erklärt werde. Daher halte es die französische Regierung in voller Übereinstimmung mit der Erklärung des amerikanischen Staatssekretärs Hughes für notwendig, die britische Regierung zu beachrichtigen, daß Frankreich sich weigere, die in Art. 9 ausgedrückten Ansichten anzunehmen, und daß sie sich die Rechte der französischen Bürger in aller Form vorbehalten werde.

Eine Rede des französischen Präsidenten.

Paris, 6. Juni. Präsident Millerand hielt gestern bei der Enthüllung eines Denkmals für die gefallenen Schüler eines Gymnasiums eine Ansprache, in der er sagte, das republikanische Frankreich hänge mit allen Fasern am Frieden. Wenn es drei Jahre nach Beendigung der Feindseligkeiten noch Gewehr bei Fuß stehen müsse, so sei es dafür nicht verantwortlich. Es würde seine gefallenen Söhne verraten, wenn es nicht mit Mäßigung die Ausführung der feierlich übernommenen Verpflichtungen verlangen würde. Man sei glücklich, daß der Schuldner sich endlich dazu entschlossen habe, seiner Unterschrift Ehre zu erweisen, damit die Welt wieder ohne Hintergedanken an die Arbeit gehen könne.

Der Militarismus in Polen.

Warschau, 8. Juni. Der polnische Staatsvoranschlag sieht fast drei Viertel aller Ausgaben für die Heeresbedürfnisse vor. Die Gesamtschulden Polens an das Ausland zur Ernährung und Ausrüstung der Armee belaufen sich nach dem heutigen Kurse der polnischen Mark auf rund 250 Milliarden Polenmark.

König Konstantin von Griechenland reist an die Front.

Athen, 8. Juni. Die Zeitungen melden, daß die Abreise König Konstantins zur Front auf nächsten Montag festgesetzt ist. Mit dem König werden Kronprinz Georg und Prinz Andreas reisen. Letzterer wird den Oberbefehl über eine Kavalleriedivision übernehmen. Weiter wird der König von dem Ministerpräsidenten Gunaris, dem Kriegsminister Theotokis und dem Generalstabschef Dusmanis begleitet sein.

Griechische Mordbanden in der Türkei.

Konstantinopel, 7. Eine Note der Pforte an die Kommissare der Alliierten zählt 34 zerstörte Ortschaften auf, deren türkische Bevölkerung von den Griechen zum größten Teil ermordet worden ist.

Neue Kämpfe in Irland.

Dublin, 8. Juni. Gestern haben die Streitkräfte der Krone bei einer Entwickelungsbewegung, an der auch Flugzeuge als Aufklärung beteiligt waren, an einem Ort der Grafschaft Cork einen großen Trupp bewaffneter Freiwilliger überrascht. In dem sich entspinnenden höchst erbitterten Gefecht wurden 3 Freiwillige getötet, 12 verwundet, mehrere hundert gefangen genommen. Die Königlichen hatten nur unbedeutende Verluste.

Ein rumänisch-bulgarisches Bündnis vor dem Abschluß?

Belgrad, 8. Juni. Dem Aufenthalte des rumänischen Außenministers Take Janesku, der zu einem dreitägigen Besuche hier eingetroffen ist, wird in politischen Kreisen große Bedeutung beigemessen. Es wird der Abschluß eines formellen Defensivbündnisses mit Militärkonvention erwartet.

Deutschland.

Das Kompromiß in der Amnestiefrage.

Am Schluß der Sonnabendsitzung des Reichstags wurde auch über den Antrag der Mehrheitssozialdemokratie abgestimmt, der eine Nachprüfung der Sondergerichtsurteile zwecks Beseitigung von Härten für Verführte erstrebt. Für den Antrag stimmten die beiden sozialistischen Parteien und die Kommunisten, sowie ein Teil des Zentrums unter Führung des Reichskanzlers Wirth. Der andere Teil des Zentrums mit Fehrenbach an der Spitze, sowie die beiden Rechtsparteien und die Demokraten, einschließlich des Reichsjustizministers Schiffer, stimmten gegen den Antrag. Der Antrag, der eine erhebliche Abmilderung eines Antrages der Unabhängigen und Kommunisten auf allgemeine Amnestie bedeutet, wurde angenommen. Die Demokraten haben aus den Gründen, die Reichsjustizminister Schiffer am Sonnabend vormittag in seiner Reichstagsrede ausführlich entwickelte, gegen den Antrag gestimmt. Sie waren der Ansicht, daß im Interesse der Staatsautorität unmöglich den 15 Amnestierungen seit der Revolution jetzt schon wieder eine 16. hinzugefügt werden dürfe.

Minister Schiffer über die politische Lage.

Auf dem Düsseldorfer demokratischen Parteitage sprach Reichsminister Schiffer über die politische Lage in teilweise vertraulichen Ausführungen. Zur Frage des Ultimatums wies er darauf hin, daß jedes Nein in solchen Lebensfragen der Nation, wenn es nicht nur gesprochen, sondern auch ausgeführt werden solle, zur Voraussetzung haben müsse, daß das ganze Volk geschlossen hinter diesem Nein stehe. Es habe sich jedoch gezeigt, daß diese Voraussetzung beim deutschen Volke nicht gegeben gewesen sei. Das ganze Problem der Erfüllung sei keine rein wirtschaftliche, vielmehr im höchsten Sinne eine politische Frage, weil hier wiederum die großen wirtschaftlichen Zusammenhänge und Probleme hineinspielen. In der oberschlesischen Frage nahm der Parteitag eine Entschließung an, in der schärfster Einspruch gegen die noch immer andauernde Vergewaltigung Oberschlesiens polnische Banden unter Duldung der Franzosen erhoben wird. Diese Entschließung wurde dem Reichskanzler telegraphisch übermittelt.

Provinz und Nachbarländer.

Direktor, Defraudant, Hochverräter.

Halle, 8. Juni. Der wegen Unterschleife flüchtige Direktor des Elektrizitätswerkes Elsterwerda namens Seeck wurde in Kiel verhaftet, wo er als Techniker unter falschem Namen auf einer dortigen Werft Stellung gefunden hatte. Dadurch, daß er sich an einem Hochverratsunternehmen beteiligte, kam er ins Gefängnis, und nunmehr hat die Polizei seine Persönlichkeit festgestellt.

Verhängnisvoller Streit zwischen Mieter und Hauswirt.

Aschersleben, 8. Juni. In Frose bei Aschersleben geriet der Arbeiter Fruth mit seinem Hauswirt, dem Schutzmann Winkelhaus, wegen einer Mietangelegenheit in Streit, in dessen Verlauf Winkelhaus, der sich von seinem Mieter schwer bedroht sah, den Revolver zog und Fruth durch einen Schuß tötete.

Opfer des Badens.

Dessau, 8. Juni. Das Baden an verbotener Stelle in der Mulde hat kürzlich drei Opfer gefordert. Es ertranken der 7jährige Willy Seebach, der Schäftemacher Karl Hoß und der 20jährige Volontär Georg Teich.

Gera, 8. Juni. In der Nähe von Berga a. E. ist der 18 Jahre alte Handlungsgehilfe Kurt Rudolf aus Gera bei einem Ausflug beim Baden in der Elster ertrunken. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

18 000 ℳ in 24 Stunden an Kirschen verdient.

Teuchern, 8. Juni. Wer treibt nun Wucher? Vom hiesigen Rittergut ist der diesjährige Kirschenanhang in vier Parzellen vergeben. Zwei davon hatte ein einheimischer Obster für 32 000 ℳ gepachtet. Am Tage nach der Verpachtung gibt derselbe diese Kirschen an einen auswärtigen Händler für — 50 000 ℳ ab und hat somit in 24 Stunden seine 18 000 ℳ verdient. Hätte das Rittergut aus beiden Parzellen 50 000 ℳ herausgeschlagen, so würde es nach der Verfügung des Oberpräsidenten Wucher getrieben haben. Was nun?

Schweres Unwetter in Thüringen.

Über ganz Thüringen ist am Sonntag ein gewaltiges Unwetter niedergegangen. So ist es in der Gegend von Rudolstadt zu schweren elektrischen Entladungen gekommen, die von Wolkenbrüchen begleitet waren. In Saalfeld richteten sie erhebliche Verheerungen in den Gärten an. Der Platz vor dem dortigen Bahnhof stand unter Wasser, so daß die Feuerwehr zu Hilfe geholt wurde. Aus dem Thüringer Walde werden von vielen Orten Blitzschläge gemeldet, die vielfach Schaden mit sich brachten. So schlug in Bücheloh der Blitz in die Posthilfsstelle und zündete das Gebäude an. Die in Königssee zum dortigen Sängerfest weilenden Bücheloher Teilnehmer wurden telephonisch heimgeholt, um den Brand löschen zu helfen. Das Sängerfest in Königssee hatte stark unter dem Wolkenbruch zu leiden. Der Festzug wurde gesprengt, doch ist dabei kein Unglück zu verzeichnen gewesen. Auch in der Pößnecker Gegend und aus dem Ziegenrücker Gebiet kamen schwere Unwettermeldungen. Die Saale führte gegen Abend und auch noch Montag früh Hochwasser.

Schwere Folgen des Unwetters und der Hitze.

Dessau, 8. Juni. Das Hagelwetter hat, soweit bisher Meldungen vorliegen, an den Fluren und Obstbäumen ungeheuren Schaden angerichtet. Die Getreidefelder sind in der Gegend von Dessau, Roßlau und zahlreichen Orten des Kreises Zerbst und im Wörlitzer Winkel dem Erdboden gleichgemacht.

Kleine Rundschau.

Beim Baden in der freien Elbe in Magdeburg ertrank der 14 Jahre alte Kurt John. — In Bad Blankenburg erschoß sich der Viehhändler Alfred Weber aus Saalfeld, da er sich an der Börse verspekuliert hatte. — Bei einem Handelsgeschäft sind mehrere Kaufleute aus Aschersleben tüchtig betrogen worden, da ihnen für den versprochenen Zucker Salz geliefert wurde. — Aus Freude über die Geburt des langersehnten Stammhalters starb in Groß-Salza der Großvater Gutsbesitzer Krakau. — Ein dreister Einbruch wurde in die Wettannahmestelle des Sächsisch-thüringischen Pferdezuchtvereins in Halle verübt. Den Dieben fielen aber nur 15 000 ℳ in die Hände, da sie den großen Geldschrank, der den Umsatz vom ersten Renntage enthielt, nicht öffnen konnten. — Bei dem Wolkenbruch in Braunsroda ertranken 10 Kälber auf freier Weide. — In Meuselwitz wurde eine Einwohnerin von einem Bienenschwarm überfallen und schwer verletzt. — An der Mühlberger Fähre wurde eine unbekannte weibliche Leiche gelandet. — In Leipzig zerbrach auf der Straße eine große Flasche mit reinem Speiseöl und ergoß ihren Inhalt auf den Fahrweg, wo bald zahlreiche Kinder das Speiseöl mit Löffeln in Töpfe schöpften und nach Hause brachten. — Bei einer Autofahrt verunglückte der 23jährige Wilhelm Brennecke aus Leipzig tödlich.

Merseburg und Umgegend.

8. Juni.

Lohnerhöhung und Beendigung der Streiks und Aussperrungen im Baugewerbe.

Mit diesem Ergebnis der Aussperrung sind die Bauunternehmer unterlegen, was sich eigentlich voraussehen ließ nach den betreffenden Entschließungen der ausgesperrten Arbeiter. Natürlich sind die Baulustigen wieder die Leidtragenden, da durch die Lohnerhöhung jeder Kostenanschlag über den Haufen geworfen und erhöht wird. In dem Streit im mitteldeutschen Baugewerbe wurde gestern nach langer Beratung vom Bezirkslohnamt Halle folgender Schiedsspruch gefällt:

I. Mit Wirkung vom ersten Tage der laufenden Juni-Lohnwoche werden die tariflichen Löhne für Hoch-, Beton- und Tiefbau erhöht:

a) Um 30 Pfg. die Stunde für folgende Orte: Burg bei Magdeburg, Bernburg, Bitterfeld, Coswig in Anhalt, Delitzsch, Eilen-

---

Zum Frühjahrskonzert des Männer-Gesangvereins Neurössen

wird der Redaktion des „Merseburger Korrespondent" von der Orchestervereinigung Merseburg folgendes geschrieben:

„In Nr. 125 Ihrer Zeitung befindet sich eine Kritik über das Frühjahrskonzert des Männer-Gesangvereins Neu-Rössen, die den tatsächlichen Verhältnissen so wenig entspricht, daß sie in vieler Hinsicht zum mindesten als unrichtig bezeichnet werden muß. Wir verschmähen es, uns mit den Einzelheiten der Kritik irgendwie zu befassen, fühlen uns aber veranlaßt, Sie von folgender Entschließung in Kenntnis zu setzen:

Die „Orchestervereinigung Merseburg" hat sich seinerzeit gebildet, um dem Merseburger kunstliebenden und kunstverständigen Publikum die Möglichkeit zu geben, gute Orchestermusik zu hören. Wir betonen, daß die Mitwirkenden aus reinem Idealismus sich zur Verfügung gestellt haben. Um so mehr muß es verwundern, daß in Nr. 125 Ihrer Zeitung eine Kritik erschienen ist, die in durchaus unrichtiger Weise, wie viele Musikverständige bezeugen können, nicht nur die Sängerin, sondern auch die Orchestervereinigung kritisiert.

Wir brauchen bei unsern Leistungen eine Kritik nicht zu scheuen, verlangen aber eine gerechte Beurteilung. Infolgedessen sprechen wir Mitglieder der „Orchestervereinigung", von denen ein großer Teil die Musik lange Jahre als Beruf betrieben haben, dem Kritiker des „Merseburger Korrespondent" die Fähigkeit und darum das Recht ab, über uns zu urteilen. Wir gehen dabei von der Gewißheit aus, daß das kunstverständige Publikum Merseburgs sich selbst ein Urteil bilden wird. Im übrigen verweisen wir auf die Kritik im „Merseburger Tageblatt".

Orchestervereinigung Merseburg.
Hausigk. Stein."

*

Antwort auf die Kritiken der Kritik.

Bezugnehmend auf die Berichtigungen der Kritik über das Konzert des Männer-Gesangvereins Neurössen folgende Antwort: Leider fehlt es in Merseburg sehr an wirklichen Künstlern, die öffentlich auftreten können, so daß man bei Veranstaltungen stets auf auswärtige Kräfte angewiesen ist. Dieser Mangel wird nun ersetzt durch einen übertriebenen Dilettantismus, in dessen Reihen sich mancher für einen Künstler hält. Freilich ist es zu begrüßen, daß auf diese Art die Musik im Volke gepflegt wird, womit aber nicht gesagt ist, daß man mit allen Darbietungen einverstanden sein muß. Ein wahrer Künstler aber sieht eine Kritik nicht als Herabsetzung seiner Leistung an, sondern versucht, die getadelten Mängel zu beseitigen, um später besser abzuschneiden. Was die Beurteilung der Sängerin nun angeht, möchte ich dem Herrn Einsender mitteilen, daß ein später eingegangener anderer Bericht an die Redaktion dieses Blattes von einem „starken Indisponiertsein" sprach. Welche Summe der Kritik liegt aber in diesen Worten? Mit dem näheren Eingehen auf die Stimmbeschaffenheit der Sängerin mußte ich aber Anstoß erregen, was mir von vornherein klar war. Doch lassen sich alle Mängel sehr wohl beseitigen, auf welche Weise, das muß eine Konzertsängerin wissen. Für Empfehlung von Sängern jeder Stimme stehe ich gern zur Verfügung. Allerdings würde man dann mit einem den Leistungen der Sänger entsprechenden Kostenaufwand zu rechnen haben. Was die Berichtigung meiner Kritik am Orchester angeht, kann ich mir die Aussagen des Herrn Einsenders nicht recht zusammenreimen. Denn mit den Worten: „Wenn da wirklich einmal ein Ton nicht sitzt", gibt er die Richtigkeit der Bemängelung zu; warum mich aber dann wieder als „Laien" bezeichnen? Mir waren die Orchesterwerke, außer Nr. 9 des Programms, Takt für Takt sehr genau bekannt, und es waren doch wirklich Werke, mit denen sich ein „Laie" für gewöhnlich nicht beschäftigt. Das Orchester aber mit dem des Gewandhauses zu vergleichen, nenne ich eine kühne Überhebung. Bei meinem Urteil über die Freischütz-Ouvertüre bleibe ich, obwohl es der Dirigent selbst korrigieren will. Denn diese Bemerkung habe ich ihm selbst abgelesen, oder was sollte sein zurechtweisendes Mienenspiel dem Orchester gegenüber und sein stellenweise sehr hitziges Dirigieren, auf das das Orchester keinerwegs reagierte, sonst sagen? Indem ich mich aber nach der Angabe des Herrn Dirigenten richte, muß ich das eben Erwähnte für Künstlermanieren erklären, die zu verwerfen sind. J. B.

Anmerkung: Damit halten wir die Aussprache über die Angelegenheit für erledigt und begnügen uns nur mit der Feststellung, daß wir um eine Erfahrung reicher auf dem Gebiete der ernsten Kritik in unserer Stadt geworden sind. Die Schriftleitung.

Die Linden blühen!

O sanfter, süßer Hauch. . . . .

Der süße Duft der Lindenblüte mischt sich mit dem der Akazie, des Holunders. Sogar in den engsten Häuserzeilen der Städte, wo ein paar alte Bäume stehen, schwebt der Duft und lockt die Bienen an. Aber auch wir Menschen öffnen willig dem Sommerblütenhauch das Fenster, ist's nicht, als strömten mit ihm viele weiche schöne Erinnerungen herein, als würden wir in holde Träume gewiegt, von dem Duft? Der alte ehrwürdige Baum, wieder steht er in Blüte, er feiert seine hohe Zeit. Die Verehrung dieses Baumes reicht in uralte Zeiten zurück. Sie galt bei unsern Vorfahren als der Frigga heilig, der Kraft und Treue war sie Symbol. Die Siegfriedsage hat dem Baum eine große Rolle zugewiesen. Unter dem Lindenbaum spielte sich in alten Zeiten die freie Gerichtsbarkeit ab und in jüngerer Vergangenheit gab es Femgerichte unter ihrem breitschattenden Dach. Welche Perlen der Volkspoesie hat nicht der Zauber des Baumes in der empfänglichen Seele der Dichter ausgelöst. Spielte sich doch unter ihm das Volksleben reiner, frischer Natürlichkeit ab. Um die Linde tanzte das junge Volk, unter der Linde schmausten und tranken die Alten. „Zur Linde", wer kennt nicht all die traulichen Dorf- und Kleinstadtgasthäuser, die sich den Namen des beliebten Baumes zulegten? Die Linde ist so recht ein Lieblingsbaum des deutschen Volkes geworden. Wem wäre wohl das Lied von der „Lindenwirtin" nicht bekannt? Wieviel ehrwürdige Heimatsgeschichte knüpft sich an das Wort „Linde". Wieviel Dörfer, Ortschaften und Städte, Klöster und Schlösser gibt es, die ihren Namen der Linde entliehen wie Lindau, Lindenau, Lindenberg, Lindenfels, Lindenthal, Lindenstadt, Lindwerder, Lindwiese, London und viele andere.

Die großblättrige Sommerlinde und die kleinblättrige Winterlinde sind bei uns unter den etwa zehn verschiedenen Arten einheimisch. Die Sommerlinde beginnt mit ihrer Blütezeit ungefähr vierzehn Tage früher als die Winterlinde. Daher haben wir ungefähr von Ende Juni bis zum Schluß des Juli den lieblichen Lindenduft, der von der reichen Fülle der kleinen Blütenbüschel ausgeht und an warmen Sommerabenden geradezu betäubend wirkt. Die Insekten, namentlich die Bienen begehren den honigsüßen Lindenblütenduft als trefflichste Beute. Ungezählte Bienen umschwirren und umsummen denn auch unermüdlich die alten Kronen, um den köstlichen Lindenblütenhonig in die Stöcke einzutragen.

Nicht nur den Bienen dient die Lindenblüte als Nützlichkeitsprodukt, auch die häusliche Arzeneikunde bedarf ihrer. Ein Tee aus getrockneten Lindenblüten zubereitet hat schweißtreibende Wirkung und wird gern als Heilmittel bei Husten und Erkältungen angewandt. Auch die kleinen ölhaltigen Lindenblütenfrüchte mit ihrem süßen nußartigen Kern ließen sich vielleicht zur Ölgewinnung verwenden, es käme wenigstens auf einen Versuch an.

Mag die alte deutsche Volkspoesie mit dem eingekehrten Frieden wieder aufleben und die alte deutsche Bitte zu ihrem Recht kommen. Trauernd möge die majestätische Eiche um die hingegangenen Tapferen rauschen, liebreich die Linde ihre Äste ausbreiten als friedlicher echter deutscher Baum!

*

Der erste weibliche Jurisdoktor in Österreich.

In den nächsten Tagen findet an der Wiener Universität eine interessante und für die Geschichte der Frauenbewegung in Österreich bedeutungsvolle Feier statt. Die erste ordentliche Hörerin der Wiener juristischen Fakultät wird zum Doktor der Rechte promoviert werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210608-18/fragment/page=0002

burg, Halle, Hettstedt, Hohenmölsen, Teuchern, Merseburg, Leuna, Roßlau, Schkeditz, Thale a. Harz, Weißenfels, Eisleben und Blankenheim bei Sangerhausen. Über die etwaige Einreihung weiterer Orte in diese Gruppe sollen sich die Bezirksleiter verständigen.

b) Um 20 Pfg. für die übrigen Orte, soweit Anträge auf Lohnerhöhung für sie am 23. Mai 1921 vorgelegen haben.

II. Die bereits durch Einigung ohne Anwendung tarifwidriger Mittel erzielten Lohnerhöhungen bleiben bestehen.

III. Alle Streiks und Aussperrungen werden sofort aufgehoben.

IV. Die Anträge der Arbeitgeber auf Lohnherabsetzung werden abgelehnt.

Beide Parteien unterwarfen sich, nachdem sie sich längere Zeit beraten hatten, dem Schiedsspruch. Es wurde dabei die Vereinbarung getroffen, daß die Tarifgebiete möglichst nicht zerrissen werden sollen. Am Donnerstag wird überall die Arbeit wieder aufgenommen werden, natürlich auch bei den Baufirmen der Leunawerke.

*

** **Die Rote Kreuz-Medaille** ist am Sonntag vormittag im hiesigen Rathause überreicht worden dem Dreher Kurt Föckel, Büroangestellten Otto Sinang und Kaufmann W. Wellepp hier.

** **Domgymnasium.** Um 11 Uhr fand gestern in der Aula die Entlassungsfeier für Dr. Taube statt. Der Chor sang zum Eingang der Feier: „Der Herr ist mein Hirte.“ Sodann ergriff Dr. Pilling das Wort und richtete herzliche Worte des Dankes an Dr. Taube, der seine Schulzeit auf unserem Gymnasium selbst, an dem er nun 15 Jahre tätig gewesen ist, verbracht hat. Dr. Pilling hob besonders die Heimatliebe und den Sport hervor, auf deren Gebieten sich Dr. Taube besondere Verdienste erworben hat. Den Geschichtsunterricht, den er am Gymnasium erteilte, habe er stets nach dem Vorbild seines Lehrers, unseres großen deutschen Freitschke, erteilt. Er schloß mit dem Wunsche, daß Dr. Taube stets gern an die Stätte seines Wirkens zurückdenken möchte. Dr. Taube erwiderte, daß ihm der Abschied, obwohl es sein Wunsch gewesen sei, an die neue Stätte seiner Arbeit zu kommen, doch schwer werde. Denn jetzt bewahrheite sich an ihm das Wort: „Du lernst erst lieben, wenn du es aufgeben mußt.“ Er schloß in der Hoffnung, daß seine Arbeit hier, die dem Ziel gedient habe, die Schüler zu Deutschen zu erziehen, Frucht trage, und mit dem Versprechen, daß er das Merseburger Domgymnasium nie vergessen werde. Mit dem Abschiedsgesang: „So ziehe hin“, beschloß der Chor die Feier. — Dr. Taube ist bekanntlich als schulschriftliches Mitglied in das Provinzialschulkollegium Brandenburg nach Berlin berufen worden.

** Die Leiche des am Sonntag in der Elbe bei Roßlau ertrunkenen Kaufmanns Paul Gilner jun. in gelandet worden. Die Überführung nach Merseburg erfolgt im Laufe des heutigen Tages.

** **Verschwunden** ist seit dem 23. Mai d. Js. der Buchbindermeister Paul Dießner von hier, Oberaltenburg 14 wohnhaft. Die Hausbewohner nehmen an, daß er freiwillig aus dem Leben geschieden ist und zwar soll er den Tod in der Saale gesucht haben. Die Not der heutigen Zeit, die seinen Lebensunterhalt stark einschränkte und schließlich unmöglich machte, dürfte die Ursache des freiwilligen gewählten Todes sein. D. ist ein alter Merseburger; er wurde am 27. 12. 1847 hier geboren und betrieb lange Jahrzehnte eine Buchbinderei und Galanteriewerkstatt mit dem verstorbenen Buchbindermeister Jorde. Wer über den Verbleib des Vermißten Angaben machen kann, wird gebeten, die hiesige Polizeiverwaltung zu benachrichtigen. Die Personalbeschreibung ist folgende: D. war 1,65 Meter groß, hatte graue Haare und grauen Schnurrbart, trug dunklen Anzug, Zugstiefel, weißleinenes Hemd und weißes Vorhemd.

** **Ausbesserungsarbeiten am Bahnhofsgebäude.** Das Dach des rechten Seitenflügels unseres Bahnhofsgebäudes unterliegt zurzeit Ausbesserungsarbeiten. Das Dach ist mit großen Schieferplatten bedeckt, und anscheinend bedürfen diese einer dringenden Erneuerung. Fleißige Hände schaffen die großen „Schieferstaeln“ aufs Dach, das dann damit neu gedeckt wird.

** **Die Ausbesserungsarbeiten an den Gleisen der Straßenbahn Merseburg-Halle** in der Karlstraße sind nunmehr beendet. Sie werden der Gesellschaft wohl ein tüchtiges Stück Geld gekostet haben. Hoffentlich halten sie eine längere Zeit vor, damit nicht wieder wie einst am Krankenhause nach einigen Wochen von neuem begonnen werden mußte.

** **Die Spuren des Eisenbahnattentats bei der Blockstelle Schkopau** sind immer noch sichtbar, trotzdem bereits Anfang des Jahres die Reparatur vorgenommen wurde. Zwar sind die Trümmer der zerstörten Wagen schon längst beiseite geschafft worden, nachdem sie lange Zeit erst den Ammendorfer und dann den Hallischen Bahnhof zierten. Auch die beschädigten Maschinen sind in die Eisenbahnwerkstätten eingeliefert worden. Man nahm sie teilweise auseinander und verlud dann die Stumpfkörper, die man durch Hebel und Bohlenunterlagen mühselig aufrichtete und die Böschung hinauf in Wagenhöhe brachte. Das weithin zertrampelte Feld ist zum Teil neu gepflügt und bestellt worden. Nur die eine Seite ist noch zerstreten und aufgewühlt. Doch werden die zersplitterten Baumstümpfe und verwüsteten Sumpfanlagen noch lange an die Schreckensiat erinnern.

** **Der Wiederaufbau des Bahnhofs Ammendorf.** Die Aussperrung im Baugewerbe hat auch auf den Neubau des Ammendorfer Bahnhofsgebäudes, das bekanntlich während der letzten Unruhen von kommunistischer Seite gesprengt wurde, übergegriffen und so ruhen auch hier Kelle und Lot. Das Gebäude mußte von Grund auf erneuert werden, da die ganze den Gleisen zugekehrte Seite einzustürzen drohte. Jetzt sind die Außenmauern bis auf den Dachstuhl, der schon den Richtkranz trug, fertiggestellt, und bei Wiederaufnahme der Arbeit wird man mit dem inneren Ausbau beginnen können. Es wird aber noch längere Zeit vergehen, bis die letzten Zeichen einer Zerstörung verschwunden sind. — Auch das vollkommen zerstörte Stellwerk ist in seinem Wiederaufbau schon ziemlich weit gediehen. Das neue Gebäude ist bedeutend größer und breiter angelegt, als das alte und bis auf die Innenarbeit fertiggestellt. Ebenso sind die zerstörten Gleise, Signale und Verbindungsbrücke größtenteils wieder erneuert.

** **Der Stenographenverein Stolze-Schrey** hielt am Dienstag im Vereinsheim „Bergschlößchen“ im Anschluß an die Übungsstunde eine sehr gut besuchte Monatsversammlung ab. Nach Begrüßung durch den ersten Vorsitzenden, Oberschreiter Gimpel, wurde die letzte Niederschrift angenommen. Der Verein hat gegenüber von nur 7 Anmeldungen nicht weniger als 22 Neuanmeldungen zu verzeichnen. Der Kassenbericht des Kassierers zeigte einen günstigen Stand der Vereinsfinanzen. Der Vorsitzende gab sodann eingehenden Bericht über die Frühjahrs-Bezirksversammlung in Naumburg. Der Bericht der Tagung stand im Zeichen des Aufwärtsstrebens der Schule Stolze-Schrey. Im Wettlesen wurde in Magdeburg die Geschwindigkeit von 814 Silben in der Minute erreicht, eine einzig dastehende Leistung. Die Höchstleistung bei Diktatentwürfen waren 420 Silben. Von den in Naumburg anwesenden Merseburger Mitgliedern konnten beim Wettschreiben 4 erste Preise errungen werden. Bei einem Wettschreiben des Kaffhäuserbezirks in Nordhausen erhielt das Mitglied Fischer, in der Abteilung 300 Silben, einen 1. Preis, desgleichen errang er im Korrektschreiben sowie im Wettlesen mit 464 Silben je einen 1. Preis. — In Merseburg hat die Ausbreitung der Stenographie Stolze-Schrey ebenfalls wöchentsweise Fortschritte gemacht. Der Vereinskursus ist am 2. Juni mit 26 Teilnehmern beendet worden. Der Kriegsbeschädigtenkursus, den Herr Förster leitet, hat 14 Teilnehmer, während der Kursus der Gabelsberger wegen zu schwacher Beteiligung nicht zustande kam. Der Bauamtsverein beabsichtigt ebenfalls in Kürze einen Kursus abzuhalten. Am Lyzeum werden zurzeit 2 Kurse mit 19 und 12 Schülerinnen gegeben. An der Seminarschule hat ein Anfangskursus mit 15 Teilnehmern begonnen. Diese Erfolge sprechen am besten für die Schule Stolze-Schrey. Nach Verteilung der Auszeichnungskarten für preiswerte Monatsarbeiten und Erledigung einiger interner Vereinsangelegenheiten schloß der Vorsitzende die sehr anregend verlaufene Versammlung gegen 1/11 Uhr. W.

** **Der 130. Bildungsabend** findet Montag den 13. Juni, abends 8 Uhr, im Herzog Christian statt. Mittelschullehrer Thiessen wird einen Lichtbildervortrag halten „Aus der Zeit des deutschen Rokoko“ und dabei besonders auf Chodowiecki eingehen. (Siehe Anzeige.)

** **Wandangische Arbeitsgemeinschaft.** (Sternschule des Oberlehrers Hemprich.) Mittwoch den 15. Juni, nachmittags von 4—5 Uhr, Märchenstunde und Kasperltheater, abends 8—9 Uhr, Arbeitsgemeinschaft im Herzog Christian, Gemütslehre des Kindes. Jedermann ist herzlich willkommen. (Siehe Anzeige.)

** **Neuer Roman.** Im 2. Blatt unserer heutigen Zeitung beginnen wir mit dem Abdruck eines neuen Romans. Er ist betitelt „Menschen von gestern und heute“ und wird infolge des vorzüglichen Talents seiner Verfasserin Anni Hruschka alle Leser gleichermaßen fesseln.

Sport-Nachrichten des „Merseburger Korrespondent“.

V. f. L.

Das Spiel der Liga-Reserve kam nicht zum Austrag, da der Gegner, Naumburg 05 Reserve, nicht antrat. Ebenso erging es der IV. Mannschaft, deren Gegner Sport-Club Weißenfels III mit nur 5 Mann antrat. Die „Alten Herren“ schlugen im Sonntagspiel auf dem Rössener Sportplatz Turn- und Sportverein Neu-Rössen „Alte Herren“ mit 5:0, das von Rössen gestiftete Diplom nach Hause bringend. — Mit demselben Resultat, nur umgekehrt, mußte sich die I. Knabenmannschaft von 98 Halle geschlagen bekennen. 98 ist somit Meister der Ia-Knabenklasse. V.f.L. II. Knaben—Preußen I. Knaben 1:1; V.f.L. III. Knaben—Preußen II. Knaben 5:0; die erstmalig zum Wettspiel antretende III. Knabenelf zeigte gute Anfänge. — V.f.L. II. Jugend— T. u. N. Weißenfels II. Jugend 1:1; V.f.L. III b Jgd. gegen T. u. N. Weißenfels IV. Jgd. 3:1; V.f.L. III a Jgd.—Sp.-Cl. Mücheln II 1:1. — V. f. L. III—Sport-Club Weißenfels II 3:2; V.f.L. V (mit 9 Mann)—Vorwärts-Kötzschen III 0:1.

V. f. L.-Merseburg schlägt F.-C. Wormitia-Worms mit 3:1.

Von einem abermaligen glänzenden Erfolg der Ligamannschaft des V. f. L. auf ihrer Gastspielreise durch Süddeutschland berichtet uns der Draht wie folgt:

Worms, 8. Juni. V. f. L. schlägt hiesigen Wormitia mit 3:1. Es ist kein Geringerer als der diesjährige hessische Pokalsieger, der gestern von unserer Merseburger Ligaelf geschlagen wurde, trotzdem sie erst am Sonntag das schwere Spiel gegen Waldhof in Mannheim absolvierte. Dieser Erfolg spricht für sich. Würdiger konnte auch keine andere mitteldeutsche Ligamannschaft die Farben Mitteldeutschlands im Süden vertreten. Der Name unserer Stadt und ihrer hervorragenden Vertreter dürfte allein schon auf Grund der beiden bisherigen Resultate in der süddeutschen Fußballchronik einen ehrenvollen Platz einnehmen.

V.-C. Preußen.

Die II. Mannschaft weilte am Sonntag in Teuchern und konnte dort gegen die gleiche Elf des F.-C. Teuchern mit 2:1 (0:0) siegreich sein. Das Spiel wurde von seiten Teucherns sehr körperlich und überheblich scharf durchgeführt. — Das Spiel der „Alten Herren“ kam nicht zum Austrag. — Preußens I. Jugend weilte in Leipzig und mußte dort, mit Erlatz spielend, von der gleichen Elf des Ballspiel-Vereins eine unverdiente 4:2-Niederlage einstecken. — Die I. Knabenmannschaft holte gegen V.f.L. II. Knaben-Elf ein 1:1-Unentschieden heraus während die II. Knabenelf gegen V.f.L.-Knaben III mit 5:0 unterlag.

Germania II—Vorwärts II-Kötzschen 5:0 (2:0).

Im Diplomspiel standen sich beide Mannschaften auf dem Kötzschener Platze gegenüber, welches die Germanen dank besserer Technik mit 5:0 für sich entscheiden konnten. — Germania III, nur mit 8 Mann spielend, verlor gegen Ammendorf III mit 6:0. — Germania I. Jugend konnte gegen Sportverein 99 II. Jugend knapp mit 1:0 gewinnen. — Germania I. Knaben verloren gegen Ammendorf I. Knaben 3:1. — Germania II. Knaben mußten sich Ammendorfs II. Knaben mit 0:2 beugen.

Die Spielergebnisse des Sportklubs Mücheln

sind, wie unserer eigener Berichterstatter meldet, für den vergangenen Sonntag folgende: Sportklub III gegen Eintracht V-Leipzig 3:8, Halbzeit 4:2. — Sportklub Jugend II—B. f. L. Jugend III-Merseburg 1:1, Halbzeit 0:0 für Merseburg. — Sportklub Knaben I—Spv. 99 Knaben I-Merseburg 2:0, Halbzeit 2:0, womit die Hoffnung des Spv. 99 auf eine Niederlage des Mücheler Meister wirksam zerstört wurde. — Sportklub Knaben II—Spv. 99 Knaben II-Merseburg 0:1, Halbzeit 0:0.

*

Turn- und Sportverein Neu-Rössen.

Einen in allen Teilen wohlgelungenen Verlauf nahm die am vergangenen Sonntag abgehaltene Werbeveranstaltung, mit der obiger Verein einen vollen Erfolg erzielte. Bereits am Sonnabend abend wurde die Werbe der Vorbietungen mit einem Fußballwettspiel der A. H.-Mannschaft gegen die gleiche des V.f.L. eröffnet. Sonntag früh 7½ Uhr ging der Festzug unter Vorantritt einer Musikkapelle, die Aktiven des Vereins in Sportkleidung, durch die Kolonie vonstatten. Ein Propagandaauf der einzelnen Abteilungen durch verschiedene Straßen schloß sich an. Es war ein äußerst lebendiges, farbenprendiges Bild, das geboten wurde und das die reiche Anteilnahme der Bevölkerung fand. Um 10 Uhr begannen auf dem Sportplatze die leichtathletischen Wettkämpfe, an denen sich die Mitglieder fast vollzählig beteiligten und die zum Teil vorzügliche Ergebnisse zeitigten. Hervorragende Leistungen waren beispielsweise der 100 Meter-Lauf und der Weitsprung des Mitgliedes Rickert, die zu den besten Hoffnungen berechtigen. Ebenso hervorragende Leistungen der Mitglieder Neuscheler und Kruse im Dreikampf in der Wurf- und Stoßkonkurrenzen. Großes Interesse fanden auch die Massen-Freiübungen und Schauvorführungen der Turner und Turnerinnen, nicht minder die Ringkämpfe und die verschiedenen Diplom-Fußball-Wettspiele, bei welch letzteren der Verein infolge Erschlaffung und Übermüdung einzelner Leute durch die vorhergehenden Kämpfe sehr unglücklich kämpfte. Die ganze Veranstaltung, die äußerst flott abgewickelt wurde, erbrachte den Beweis, daß sich der Verein die Pflege der Leibesübungen mit allem Ernste angelegen sein läßt und daß der Turn- und Sportgedanke auch hier marschiert. Seinen Werbezweck hat das Fest auf alle Fälle glänzend erfüllt. Hierin stehen alle diejenigen, die in dankenswerter Weise für die Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung ihre Kräfte zur Verfügung gestellt haben, den Lohn für ihre Bemühungen.

Nachstehend die einzelnen Ergebnisse:

Vierkampf der Schüler von 8—12 Jahren: 1. Sieger Hermann, 2. Müller, 3. Scheuermann, 4. Müller, 5. Schümehl, 6. Hoffenlander und Dauer, 7. Gersten, 8. Weller und Holzinger.

Vierkampf der Schüler von 12—14 Jahren: 1. Graf und Schönberger, 2. Busch, 3. Rothe, 4. Althaus und Hartmann, 5. Graf, 6. und Pohl, 6. Vierling, 7. Werrel und Schweigert, 8. Sommer, 9. Reffert.

Vierkampf der Zöglinge: 1. Hubrath, 2. Rauscht, 3. Friedrich, 4. Reidel, 5. Kuß, 6. Eier.

Dreikampf der Frauen: 1. Gersten, 2. Neuscheler und Schuch, 3. Kronacher, 4. Hartmann, 5. Pinschorius, 6. Harke, 7. Haugg, 8. Klein, 9. Herrmann, 10. Keibert.

Klasse A: Steinstoßen: 1. Herrmann, 2. Rickert, 3. Neuscheler. — Kugelstoßen: 1. Herrmann, 2. Inninger, 3. Rickert. — Gewichtwerfen (25 Pfd.): 1. Herrmann, 2. Neuscheler, 3. Drechsler. — Weitsprung: 1. Rickert, 2. Inninger, 3. Neuscheler. — 100 Meter-Lauf: 1. Rickert, 2. Neuscheler, 3. Rackwitz. — Freihochsprung: 1. Inninger, 2. Neuscheler, 3. Rackwitz. — Schlenderball: 1. Inninger, 2. Neuscheler, 3. Rickert.

Klasse B: Kugelstoßen: 1. Rackwitz, 2. Zimmer, 3. Krüger. — Schlenderball: 1. Rackwitz, 2. Zimmer, 3. Laugohr. — 100 Meter-Lauf: 1. Krüger, 2. Schulz, 3. Rudmann. — Weitsprung: 1. Rohrbacher, 2. Schulz, 3. Krüger. — Diskuswurf: 1. Neuscheler, 2. Rickert, 3. Drechsler.

Fußballwettspiele: V.f.L. Alte Herren—Neu-Rössen Alte Herren 5:0. — Turnverein Giebichenstein I—Neu-Rössen I 3:1. — Turnverein Giebichenstein II—Neu-Rössen II 3:1.

H.

*

Faustball.

Männer-Turn-Verein. Die II. Mannschaft fuhr am Sonntag nach Weißenfels, um dort 5 Vorspiele auszufechten. Bei lengender Hitze verlor sie gegen die gut eingespielte Mannschaft des Turnvereins „Friesen“-Weißenfels mit 29:45, konnte aber den vortrigen Männer-Turnverein mit 35:34 Angaben schlagen. Wegen unvorschriftsmäßigem Platze fand ein Entscheidungsspiel gegen Turn- und Rasensportverein nicht statt. Man einigte sich zu einem Gesellschaftsspiele, welches die hiesige Mannschaft mit 38:55 glatt gewinnen konnte. Turnverein „Teutonia“-Weißenfels und Turnverein Leipzigerhof traten nicht an. Kampflos konnten die Punkte für die Männerturner gebucht werden. Der jungen Mannschaft, welche die jüngsten Spieler der 2. Kl. im Gau aufweist, wünschen wir weitere Erfolge.

V.f.L. Der vergangene Sonntag brachte bei großer Hitze die Fortsetzung der Vorspiele um die Gaumeisterschaft. Mit zwei Mannschaften trat der Verein in Weißenfels an und holte sich hier Sieg und Punkte. Einen schweren Kampf hatte die I. Mannschaft gegen die gleiche Mannschaft des Turnvereins „Friesen“-Weißenfels, die den Hiesigen als ebenbürtiger Gegner gegenüberstand. Mit nur einer Ballangabe weniger blieb V.f.L. Sieger. Ergebnisse der I. Klasse: V.f.L.—Männer-Turnverein Weißenfels 25:46; gegen Turn- u. Rsp.-V. 21:44; gegen „Friesen“ 24:5; „Teutonia“ trat nicht an. — II. Klasse: V.f.L.—„Teutonia“ 19:52; gegen Turn- u. Rsp.-V. 23:49; gegen „Friesen“ 36:40, als Gesellschaftsspiel ausgetragen; Deutscher Turnverein-Tagewerben trat nicht an.

*

Ausschreibung der deutschen Leichtathletik-Meisterschaften.

Die Deutsche Sportbehörde für Leichtathletik gibt jetzt die Ausschreibungen für die am 20. und 21. August in Hamburg stattfindenden deutschen Meisterschaften in der Leichtathletik bekannt. Ausgeschrieben werden die Meisterschaften für Herren im 100-, 200-, 400-, 800-, 1500-, 5000- und 10000-Meter-Laufen, sowie im 110-Meter-Hürdenlaufen, 4 mal 100-Meter- und 3 mal 1000-Meter-Staffel, 5000-Meter-Gehen, Hoch-, Weit- und Stabhochsprung, Diskus- und Speerwerfen, sowie Dreikampf (400 Meter, Hochsprung, Kugelstoßen). Für Damen: 100 Meter, Weitsprung, Kugelstoßen, 4 mal 100-Meter-Staffel.

Weiterer Ausschluß der Mittelmächte von den Olympischen Spielen.

Von einem starken Mißklang war die Tagung des Olympischen Kongresses in Lausanne begleitet. Bekanntlich hatte das italienische Olympische Komitee seinen Delegierten aufgetragen, dafür einzutreten, daß die kommenden Olympiaden vor allen Dingen in den Ländern stattfinden müßten, in denen sie noch nie veranstaltet worden sind, und ferner zu erwirken, daß an den künftigen Olympischen Spielen auch die Sportverbände der Mittelmächte teilnehmen. Da diese Wünsche nicht berücksichtigt wurden, verließen die italienischen Vertreter ostentativ vor Schluß des Kongresses Lausanne. Man darf gespannt sein, wie sich Italien zu den Beschlüssen weiter verhalten wird.

Verein zur Förderung der Jugendpflege.

Im „Herzog Christian“ hielt gestern nachmittag der Verein zur Förderung der Jugendpflege seine Jahresversammlung ab. Erster Bürgermeister Herbog hatte die Leitung derselben übernommen. Aus der umfangreichen Tagesordnung seien folgende Verhandlungsgegenstände herausgehoben. Oberlehrer Hemprich bot den Jahresbericht und konnte mitteilen, daß der Vereinigung 27 Merseburger Vereine angeschlossen sind, die im einzelnen natürlich verschiedene Ziele verfolgen, aber in dem, was ihnen gemeinsam ist, auf dem Boden des Vereins zur Förderung der Jugendpflege zusammengefunden haben. 58 Bildungsabende haben im verflossenen Rechnungsjahre stattgefunden, die von 12000 Personen besucht wurden. Die verschiedensten Gebiete der Wissenschaft, Kunst, Erziehung, Volkswirtschaft fanden hierbei ihre Behandlung. Aber die eigentliche Arbeit wird in den Arbeitsgemeinschaften geleistet, von denen 12 bestehen. Jede dieser Gruppe hat 10 bis 30 Mitarbeiter aufzuweisen. Einen erfreulichen Aufschwung hat die Volksbücherei zu verzeichnen. Sie umfaßt weit über 3000 Bände. Der Andrang nach ihr war so groß, daß noch eine zweite Ausgleich-Stunde eingerichtet werden mußte. Der „Herzog Christian“ stand den Jugendlichen für ihre Zusammenkunft offen; weit über zehntausend junge Leute sind in dem vergangenen Jahre hier zusammengekommen. Ermähnung verdienen die Dramatische Vereinigung, die Volks-Singakademie und die Orchester-Vereinigung. Alle drei sind bestrebt gewesen, gute Kunst zu bieten und sie haben auch gute Unterstützung durch die Bürgerschaft erfahren, so daß sie sich erfreulich entwickeln konnten. In dem ehemaligen Klostergebäude ist eine Jugendherberge eingerichtet worden. Es besteht der Plan, ganz Deutschland mit einem Netz solcher Herbergen zu überziehen. Jedenfalls ist den Aufführungen des Oberlehrers Hemprich zu entnehmen, daß die Jugendpflege sich, dank der eifrigen Arbeit, die von allen Beteiligten geleistet wird, in stetiger Aufwärtsbewegung entwickelt. Von anderer Seite wurde bedauert, daß sich die Plätze für die Konzerte der Orchester-Vereinigung bis auf wenige in festen Händen befinden, so daß es zuweilen schwer wird, an den Konzerten teilzunehmen. Ich bin dieser Sache bei der guten und bewährten Sache gern behilflich zu sein, und es kann kaum die Orchestervereinigung nicht als volksbildend angesehen werden. Wenn zu diesen Maßnahmen auch die geldliche Sicherung die Veranlassung gegeben hat, so ist doch das eigentliche Ziel, Volksbildung zu treiben, nicht aus dem Auge zu lassen. Aus diesem Grunde wurde beschlossen, die Orchester-Vereinigung hat als Gegenleistung für die Bewilligung von Unterkunft jährlich 2 Konzerte für die Jugend und zum Zwecke der Volksbildung zu geben. Der Rechnungsabschluß ergibt einen Bestand von rund 11000 ℳ, doch steht man wegen des Mangels an Zuschüssen und wegen der großen Unkosten mit Sorge in die Zukunft. Bei der Vorstandswahl wurde zum 1. Vorsitzenden Erster Bürgermeister Herbog gewählt, zu dessen ständigem Stellvertreter Studrat Meffert. Im übrigen bleibt die Zusammensetzung des Vorstandes im großen und ganzen unverändert. — Wegen der mißlichen Finanzlage ist es nötig, Einnahmen zu beschaffen. Zu diesem Zwecke soll die Benutzung der Kegelbahn nur gegen erhöhte Gebühren — 2 ℳ für die Stunde außer Licht und Heizung — gestattet sein. Vereine und Gesellschaften, welche den „Herzog Christian“ zu Veranstaltungen benutzen sollen für ein Zimmer 10 ℳ, für den Saal 25 ℳ bezahlen. Das Panorama, das unter nachlässiger Verwaltung sehr zurückgegangen war, wird an einen Kriegsverletzten verpachtet werden gegen den geringen Betrag von 200 ℳ. Man hofft, diese Einrichtung dadurch wieder hochzubringen. Insonderheit dürfte es sich empfehlen, Stadt- und Landschulen auf die Benutzung des Panoramas aufmerksam zu machen.

An die bisher öffentliche Verhandlung schloß sich noch eine Sitzung des Gesamtvorstandes. Nach mehrstündiger Verhandlung wurde die Jahresversammlung geschlossen.

Vermischte Nachrichten.

12 Personen beim Baden ertrunken.

Berlin, 7. Juni. Der Verkehr in den Freibädern im Grunewald, am Tegeler See, in Grünau und an den anderen Plätzen war am Sonntag ganz besonders stark. Im Freibad Wannsee schätzte man die Zahl der Besucher bereits frühmorgens auf etwa 12000, am Nachmittag auf 30000. Insgesamt sind bisher 12 am Sonntag in den Gewässern bei Berlin Ertrunkene geborgen worden.

Massenselbstmord aus Furcht vor dem Bolschewismus.

London, 8. Juni. Der „Daily Telegraph“ berichtet: Die bolschewistische Presse meldet einen großen Massenselbstmord in einem großen Dorfe im Gouvernement Tambow. Über 200 Frauen, Männer und Kinder versammelten sich im Badehause, das zugenagelt wurde, steckten das Haus in Brand und kamen in den Flammen um.

Großfeuer im Betriebe der Kakao-Kompanie Reichardt.

Hamburg, 8. Juni. Seit heute früh ¼4 Uhr steht der weitaus größte Teil des Betriebes der Kakao-Kompanie Theodor Reichardt G. m. b. H. in Wandsbek in hellen Flammen. Die Entstehungsursache ist zurzeit noch nicht bekannt. Das Feuer konnte noch nicht auf den Brandherd beschränkt werden. Menschenleben sind nicht in Verlust gekommen, sechs Personen erlitten leichtere Verletzungen.

Vom Bergarbeiterstreik in Waldenburg.

Waldenburg, 8. Juni. Als am Montag morgen die Belegschaften auf Grund des Beschlusses der Streikleitung ihre Tätigkeit aufnehmen wollten, versuchten die Kommunisten den Zutritt der Arbeitswilligen zu den Schächten zu verhindern. Zur Sicherung der Arbeitswilligen wurde Schutzpolizei eingesetzt. Die bisherige Streikleitung ist durch eine kommunistische ersetzt worden.

Eisenbahnunglück in Belgien.

Brüssel, 8. Juni. Wie Nation Belge meldet, fuhr auf der Linie Viese-Aachen bei der Station Gemmenich ein Arbeiterzug einem Personenzug in die Flanke. Es sollen zwei Personen tot und etwa 50 verletzt worden sein.

Ein neuer Strohhut für 1,50

Unter den Händen wird der schmutzigste und vergilbteste Strohhut blütenweiß und wie neu bei der Behandlung mit dem verbesserten Strobin mit seiner verblüffenden Bleichkraft. Verlangen Sie in Drogerien und Apotheken ausdrücklich die neue Packung mit Aufdruck Mk. 1,50.

Verantwortlich für den politischen Teil Franz Rübner, für Provinz, lokales und Sportteil Schmitz; für Anzeigen- und Reklameteil Franz, sämtlich in Merseburg

Berliner Vertretung: Walter Wynn, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 35

Druck und Verlag der Firma Th. Schäfer in Merseburg

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210608-18/fragment/page=0003

Anzeigen.

Für die Aufnahme der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Einf. möbliert. Zimmer an sol. jungen Mann zu verm. Bett u. Bettwäsche muß gestellt werden. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Schlafstelle
mit 3 Betten, 2 davon frei Zu erfr. in der Exp. d. Bl.

Möbl. Zimmer
v. Leumabeamt. gesucht. Ang. unt. 4235 an die Exp. d. Bl.

Handwerker sucht einfach möbliertes Zimmer oder Schlafstelle. Angeb. unt. 4286 an die Exp. d. Bl.

2 junge solide Herren suchen möbl. Zimmer od. Schlafstelle. Angeb. unt. 4234 an die Exp. d. Bl.

Besserer Herr sucht
möbl. Zimmer
möglichst Nähe Weißenfelser Straße. Bettwäsche wird gestellt. Gefällige Angebote unter 4229 an die Exped. dieses Blattes.

Kaufm. sucht bald. Notwohnung oder Wohnung in neu erbautem Hause in Merseburg oder Umgeb. Angebote an **W. Jochade, Halle a. S.,** Königstraße 9, 2 Tr.

Verkaufs- und Lagerräume
für Farben- und Malerbedarfsartikel in zentraler Lage der Stadt bei hoher Mietsentschädigung gesucht. Off. u. 4216 a. d. Exp. d. Bl.

Ausgekämmtes
Damenhaar
kauft höchstzahlend
Alfr. Kluge, Bahnhofstr. 8a.

Ein eleganter, fast neuer Frack zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Zu verkaufen:
Kl. Knaben-Hemden, neu, 1 Paar Lederschuhe, Gr. 20, 2 Rastermesser und versch. mehr. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

1 Paar halbe schwarze Schuhe, Größe 34, Preis 70 Mk., zu verkaufen. Zu erfrag. in der Exp. d. Bl.

Hochel. hess. Kinderwagen (Sitz- u. Liegem.) umständehalber zu verkaufen
Sixtiberg 15, 2 Tr.

Kinderwagen
zu verkaufen
Bölkel, Hallesche Str. 4.

Ein Herren- u. Damenrad (Freilauf) zu verkaufen
Atzendorf 27.

Fast neues Fahrrad mit Zubeh. Donnerstag zwischen 6—8 Uhr abends zu verkaufen **Weiße Mauer 20,** ptr., r.

Schneiderpuppe mit Rockgestell
zu verkaufen
Gotthardtstr. 34.

Absatzferkel
zu verkaufen
Kötzschen Nr. 33.

Futterf. Absatzferkel
zu verkaufen
Trebnitz Nr. 10.

Futterfeste Absatzferkel
hat abzugeben Blößen 30.

Glucke mit 12 Küken
zu verkaufen Trebnitz 25.

Jagdhund, 3. Feld, zu verk. Rechenberg, Damaschkestraße 21.

1 Pony mit Wagen
zu verk. Fährendorf Nr. 3 b. Dürrenberg.

Gutes mittelschwaches
Pferd,
za. 153 cm, zu verk. 4500 M. Dürrenberg, Markt 9. Tel. Nr. 342.

Sparöfchen
„Küchenschatz"
empfiehlt
P. Rudolph, Lindenstr. 6.

Nach kurzem schweren Leiden entschlief sanft am Dienstag in Halle meine liebe gute Frau, die treusorgende Mutter ihrer Kinder,

Frau Klara Meißner
geb. Straßburger
im 48. Lebensjahre.

Merseburg, Vorwerk 9, den 8. Juni 1921.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Hermann Meißner
nebst allen Angehörigen.

Die Beerdigung findet Freitag nachm. 4 Uhr vom städtischen Friedhof aus statt.

Junger Deutschamerikaner
sucht per sofort möbliertes Zimmer.
Angebote unter 4288 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Trockenschnitzel
in großen und kleineren Mengen ab Lager abzugeben
Hugo Eichhorn, Merseburg.
Lauchstedter Straße. Fernsprecher Nr. 36.

Treibriemen
Vertreter gesucht.
v. Dolffs & Helle, Braunschweig
Bedeutende Ledertreibriemen-Fabrik

Achtung!
Körbisdorf, Naundorf, Frankleben
Schuhwarenverkauf
Donnerstag, 9. Juni, im Gasthof zu Körbisdorf;
Freitag, den 10. Juni, im Gasthof zu Naundorf;
Sonnabend, 11. Juni, im Gasthof zu Frankleben,
verkaufe ich
Herren-, Damen- und Kinderstiefel, Damenhalbschuh in schwarz und farbig, Arbeitsstiefel und Lederpantoffeln
zu billigsten Preisen.
Max Feller, Weißenfels.
Verkauf bis 7 Uhr abends.

Wanderer-Motorfahrräder
N. S. U.-Motorfahrräder,
Opel-Motorfahrräder
sind die besten.
Fahrrad-Einbaumotore zu billigsten Preisen.
Gustav Engel Söhne,
Tel. 203.

Täglich frische
Molkerei-Butter
Pfd. 24.00 Mk.
Deuenhardt, Sand 16.

Erdbeeren
täglich frisch abgepflückt empfiehlt
Osw. Hickethier, Menschau 67
Verkaufszeit nachmittags von 4 Uhr an.

Empfehle von morgen den 8. bis 11. Juni:
frisch. Rindskaldaunen
a Pfd. 5 Mk.,
frisches Rindfleisch
a Pfd. 10 Mk.,
jeden Freitag:
frische Wurst.
Paul Wiehe, Fleischermstr.
Obere Burgstr. 1.

Haut-, Harn- und Blasenleiden, Magen-, Leber-, Nieren- und Lungenleiden, Krampfader-Geschwüre und Flechten,
selbst veraltete Fälle werden gewissenhaft behandelt. Auskunft erteilt
Frau Rantenberg,
Merseburg, Neumarkt 68
Sprechstunden von 9—4,
Sonntags bis 1 Uhr.

Fußballstutzen
in sämtlichen Vereinsfarben vorrätig.
Preislagen:
48.— 32.— 24.—
Fr. Hildebrandt

Kurt Karius
Gummi- u. Metallstempel
Merseburg
Grühl 4. Fernruf 620

Für unsere Leser!
Sommer-Taschen-Fahrplan
mit neuen Fahrpreisen!
Vorzugspreis 2 Mk
„Merseburger Korrespondent"
Kl. Ritterstr. 3.

Hotel Kurhaus, Soolbad Dürrenberg
Donnerstag, den 9. Juni 1921, abends 7 Uhr
Reunion.
Unter Mitwirkung der Konzertsängerin
Johanna Helbing.

In ½ Stunde vernichten Sie unter **Läuse** Garantie Kopf-, Filz- und Kleiderlläuse, Wanzen, Flöhe sow. Brut (Nies.) o. Mensch. u. Tier. „Rissolin", z. gesch. Mitt. Wund. unschädl. Verk. nur Fr. Freygang, Gr. Ritterstr. 7.

Ata
Henkel's Scheuerpulver
putzt reinigt Alles!

Ata eignet sich für **alle Küchengeräte** besonders auch für **Öfen, Badewannen, Klosetts, Marmor, Steinböden.**
Hersteller: Henkel & Cie. Düsseldorf.

Verkaufszeit nur bis nächsten Freitag abend der billigen
Rein-Aluminium-Waren

im „Alten Dessauer", Merseburg, Dammstraße.
Selten günstige Einkaufsgelegenheit, besonders für Brautleute 2c.
Ganze Serien, auch jedes Stück einzeln zu haben, zu konkurrenzlos billigen Preisen. U. a.
5 M.-Töpfe zu Mk. 40.—
6 Schmortöpfe mit Deckel „ **125.—**
Versäumen Sie nicht, mein reichhaltiges Lager zu besuchen und decken Sie Ihren Bedarf noch heute im
Aluminium-Wanderlager von Richard Kringe, — Schwarzenau. —

Torpedo
modernste
Schreibmaschine
Vertretung:
Gustav Engel Söhne, Merseburg.
Tel. 203.
Neu eingeführt: Schreibmaschinen-Unterricht zu mäßig. Preisen. Anfang jederzeit.

Geldschränke, Kassetten, Mauerschränke sof. lieff. Preisl. umf. H. & F. Steinbach, Mühlhausen 178 Th

---

Ihre **Hühneraugen** werden Sie sicher los durch
Hühneraugen-Lebewohl
Hornhaut auf der Fußsohle beseitigen
Lebewohl-Ballenscheiben
kein Vermutschen, kein Wundreiben, am Strumpf sonachtet Nr. 2 u. 3.
in den Drogerien. Hauptniederlage:
Hermann Emanuel, Gotthardt-Drogerie

Metall- u. Kautschuk-
Stempel
liefert
H. Heßler
Kirchstr. 7.

Per Kremser-Auto
am 19. Juni 1921 zur Landwirtschaftlichen Ausstellung nach Leipzig.
Abfahrt früh ½7 Uhr, zurück 7 Uhr abends. 30 Sitzplätze vorhanden. Preis: pro Person 30 Mark. Vorbestellung Bedingung.
Auto-Wagner, Merseburg, Gotzenbergstr. 13. Tel. 697.

Leiden Sie?
an Flechten, Hautausschlag, Hautjucken, Pickeln, Finnen, Schorf, Krätze usw. dann gebrauchen Sie **Terrahe's Heilseife.** Erfolg überraschend. — Stück Mk. 6. Zu haben in den Apotheken und Drogerien.
Verkaufsstellen:
Drog. Kieslich, Marold, und Buchmann.

---

25 Mark
vom Fuhrlohn vergüte jedem meiner Kunden, welche am Donnerstag Kohlenbezugscheine über mindestens 40 Zentner zur sofortigen Lieferung bei mir abgeben und dieses Inserat vorlegen.
Franz Haluszczak, Nulandtstrasse 8.
Möbeltransport- und Kohlenfuhrgeschäft.

---

130. Bildungsabend.
Montag, den 13. Juni, abends 7 Uhr im „Herzog Christian"
Lichtbildervortrag v. Herrn Mittelschullehrer Thielsen:
Aus der Zeit des deutschen Rokoko.
1. Teil: Chodowiecki.
Eintrittskarten im „Herzog Christian".

Großes Streich-Konzert
im Garten des „Casino"
am Dienstag, den 14. Juni 1921, abends ½8 Uhr ausgeführt von der
Orchester-Vereinigung Merseburg.
Vorverkauf bei J. G. Knauth & Sohn, Entenplan. Eintritt 3 Mk. K.-V. Normania.

Nulandtplatz.
A. Kiewnings Varietee-Wanderschau.
Heute Mittwoch die große Pantomime
Luzifer, der rote Teufel, und sein Pächter
im Brillantfeuerwerk.
In Vorbereitung: **gr. Brillant-Feuerwerk**

Reichsbund
der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer u. Kriegerhinterbliebenen
Ortsgruppe Merseburg.
Zu der am Donnerstag, den 9. Juni d. J., abends 8 Uhr, im „Tivoli" stattfindenden
Monats-Versammlung
werden die Mitglieder hiermit ganz besonders eingeladen. Daselbst können die Einladungskarten zu unserm am 25. Juni stattfindenden „Stiftungsfest" in Empfang genommen werden.
Der Vorstand.

Kleine Anzeigen
finden nachweisbar die beste Verbreitung im „Merseburger Korrespondent".

Als Schneiderin empfiehlt sich
Weyershäuser, Weiße Mauer 38, Bar. 2, Wohn. 6.

Viele verm. Damen wünsch. sich bald glückl. zu verheirat. Herren, wenn a. ohne Verm. erhalt. sofort Auskunft durch „Union" Berlin, Postamt 25.

Heirat!
Bäcker, 31 Jahre alt, sucht die Bekanntschaft einer jungen Dame, junge Witwe nicht ausgeschlossen, zwecks baldiger Heirat. Werte Angebote mit Bild unter 4219 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Heirats-Gesuch.
Fräulein, 31 Jahre alt, (Schneiderin) möchte sich gern glücklich verheiraten. Witwer mit Kind angenehm. Angebote unter L 4237 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Agentur,
evtl. mit Inkasso, alter renom. Gesellsch. an nur zuverlässigen Herrn zu vergeb. Ang. unt. 4232 an die Exp. d. Bl. erb.

Jüng. Kaufmann
für Vertretertätigkeit gegen festes Gehalt u. Provision sofort gesucht. Ang. unt. 4233 an die Exp. d. Bl.

Tüchtige
Bürokraft,
flott im Stenographieren und Schreibmaschine, für sofort gesucht
R. Ostermeier, Merseburg.

Eine Frau zur Gartenarbeit ges.
Zu erfr. Lauchst. Str. 36, p.

Einfache, ehrliche Frau
wird tagsüber für leichte Arbeiten bei kränkl. Frau ges. Zu erfrag. in der Exp. d. Bl.

Frauen
zum Heumachen werden gesucht
Carl Weber,
Clobikauer Straße 1.

Eine gewandte
Maschinenschreiberin
sofort gesucht
G. Engel Söhne.

Für mein Blumengeschäft suche ich ein
Lehrfräulein
A. Trebst,
Gartenbaubetrieb.

Anständ. Mädchen
oder einfache Stütze gesucht
Pfarrhaus Oberwünsch,
Post Niederwünsch
Kreis Merseburg.

Stubenmädchen,
im Zimmerreinigen, Nähen u. Plätten bewandert, bei gutem Lohn u. Kost gesucht ebenso
j. Küchenmädchen
Ritterg. Gr.-Kayna
b. Frankleben.

Dienstmädchen
für 1. Juli d. J. sucht
Frau E. Birth, Körbisdorf.

Junges Mädchen
für Privathaushalt für sofort gesucht. Meldung an
Oberschwester,
Ambulanz Leuna-Werke.

Kinderzipfelmütze verloren.
Gegen Belohnung abzugeben
Weißenfelser Str. 21.

Es ist nicht gleichgültig,
welcher Zeitung Sie Ihre Anzeigen übergeben. Den größten Erfolg verspricht die gelesenste Zeitung. Das ist für Merseburg-Stadt u. Kreis der
Merseby. Korrespondent.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210608-18/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent“.

Nr. 131. | Mittwoch den 8. Juni 1921. | 47. Jahrg.

Preußischer Landtag.

Berlin, 7. Juni 1921.

Nach Erledigung mehrerer kleiner Anfragen wird der Gesetzentwurf über die Erweiterung des Stadtkreises M.-Gladbach dem Gemeindeausschuß überwiesen.

Dann wird die Aussprache über den Haushaltsplan für 1921 fortgesetzt.

Abg. Dr. Bredt (Wirtschaftspartei) wendet sich gegen Sozialisierungspläne. Solche Experimente könne unsere Wirtschaft jetzt nicht vertragen.

Abg. Heilmann (Soz.): Es ist eine Schurkerei, wenn der deutschnationale Redner behauptet, die Unterzeichner des Ultimatums wollten den deutschen Privatbesitz der Entente ausliefern. Bei Ablehnung des Ultimatums hätte die Entente sicher nicht vor dem Privateigentum Halt gemacht. Wir zahlen stöhnend die Kosten Ihrer (nach rechts) Niederlage, und Sie verhöhnen uns noch. (Lebhafte Zustimmung links.) Wir wollen in der Regierung alle diejenigen zusammenfassen, die guten Willens sind und unter Zurückstellung der Parteiinteressen Opfersinn zeigen. Den haben die Unabhängigen in unserer Bruderpartei mit ihrer Zustimmung zum Ultimatum bewiesen. Die Parteien der Rechten haben niemals Opfergeist bewiesen, auch nicht im Kriege. Solange wir nicht in der Regierung sitzen, bekommt der Ministerpräsident keinen Pfennig neuer Steuern, denn die Rechte will keine neuen Steuern.

Abg. Klopft (Ztr.): Wir brauchen sachliche Arbeit unter Zurückstellung parteipolitischer Wünsche. Bei den Sozialdemokraten haben vielfach doch parteipolitische Erwägungen den Ton angegeben, noch viel mehr aber bei den Parteien der Rechten. Mit den versöhnlichen Worten des Abg. v. d. Osten stehen die Taten der Deutschnationalen nicht im Einklang. Über die Annahme des Ultimatums schimpfen am meisten die Kreise, bei denen noch Luxus, Schlemmerei und Prasserei zu Hause sind. (Sehr wahr!) Wir halten es für richtig, wenn die Sozialdemokraten als stärkste Partei in der Regierung sachlich mitarbeiten. Dazu gehört aber auch der bisher von uns vermißte gute Wille der Sozialdemokratie.

Landwirtschaftsminister Warmbold

entwickelt hierauf sein

Siedlungsprogramm,

das darauf hinausläuft, 4000 neue Siedlungsstellen für 1921 zu schaffen, den gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften Zwischenkredit zu gewähren und das Ansiedlungsgesetz so abzuändern, daß Kredite für Bodenverbesserung gegeben werden können. Der Minister bezeichnet als wichtigste Ziele seiner Ansiedlungspolitik:

1. Die Vermehrung der ansässigen Landbevölkerung durch dichtere Besiedlung des vorhandenen und Gewinnung und Besiedlung neuen Kulturlandes.

2. Die schnelle Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung auf der schon vorhandenen und der neu zu schaffenden Mehrfläche mit dem Ziel, unsere Bevölkerung möglichst bald aus eigener Erzeugung ausreichend zu ernähren. Um den Überschuß der ländlichen Bevölkerung auf dem Lande seßhaft zu machen, müssen die Bauernstellen vermehrt werden. Den Landarbeitern muß der Aufstieg zur Selbständigkeit erleichtert werden durch eine Erhöhung des Einkommens für tüchtige Kräfte. Die Schaffung von jährlich 4000 neuen Stellen würde auch Baumarkt, Industrie und Handwerk beleben. In Kürze wird eine Gesetzesvorlage vorbereitet, durch die eine namhafte Erhöhung der staatlichen Einlagen bei gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften und eine Vermehrung der Zwischenkredite ermöglicht wird. Die Verbindung der produktiven Erwerbslosenfürsorge mit der Kultur von Mooren und Ödländereien sowie der Landgewinnungsarbeiten an der Küste muß fortgesetzt werden. Es schweben Verhandlungen über die Bereitstellung eines besonderen Kredits zur Förderung von Bodenverbesserungen.

Die Sicherheit von Leben und Eigentum auf dem Lande muß erhöht werden.

Der Wirtschaftsfriede in der Landwirtschaft muß aufrecht erhalten werden durch Förderung des Arbeitsgemeinschaftsgedankens und Schlichtungswesens. Die Zwangswirtschaft mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen ist ein schweres Hindernis für die Erzeugung. Durch Gewährung eines größeren Realkredits muß der Landwirtschaft das nötige Betriebskapital zugeführt werden. Die Vermehrung und Verbilligung der Lieferung künstlichen Düngers ist nötig, aber auch der Ausbau des landwirtschaftlichen Fachschulwesens, um eine Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktionen zu erzielen. Durch ein möglichst dichtes Netz bäuerlicher Beispielswirtschaften soll die sachgemäße Betriebswirtschaft gefördert werden.

Abg. Wallraf (Dn.) wendet sich gegen die Angriffe des Abg. Heilmann gegen die Rechte. Die Kreise der Parteien der Rechten hätten im Kriege die größten Opfer gebracht. Ganze Geschlechter vom Jüngsten bis zum Ältesten seien gefallen. Es sei gefährlich, künstliche Gegensätze im preußischen Beamtentum hervorzurufen, das immer eine feste Stütze Preußens gewesen sei und bleiben werde.

Ministerpräsident Stegerwald

betont, die Schwierigkeiten in der Personalpolitik haben sich daraus ergeben, daß einerseits auch die sozialdemokratischen Kreise berechtigten Anspruch auf Posten in der Verwaltung haben, daß aber andererseits für solche Posten eine ausreichende Vorbildung erforderlich sei. Dem Abg. Heilmann gegenüber erklärt der Ministerpräsident, es falle ihm nicht ein, der Mehrheitssozialdemokratie die nationale Gesinnung abzusprechen. Das wirkliche nationale Empfinden habe mit Alldeutschtum nichts zu tun. Er fühle sich erst als Deutscher, dann als Arbeiter, erst als Staatsbürger, dann als Parteipolitiker. Er habe die nationale Gesinnung in der Arbeiterschaft vertiefen wollen, um so die Voraussetzungen für eine nationale Politik des ganzen Volkes zu schaffen. Die Grundgedanken der Friedensresolution billige er heute noch, die Art ihrer Inszenierung habe er nie gebilligt. Der Ministerpräsident erklärt dann: Wenn der Landtag mich bei der Aufbringung der Mittel zur Deckung der Ausgaben im Stiche läßt, dann mag meinethalben Ministerpräsident sein, wer will, ich mache dann nicht mit. Er wiederholt seine in der Presse abgegebene Erklärung, daß kurz nach Pfingsten die Umbildung der Regierung eingeleitet werden solle. An dieser Erklärung halte er fest. (Lachen b. d. Soz.) Die Parteien sollten jetzt die Initiative ergreifen, um das vorzubereiten, was jetzt das Gebot der Stunde ist. Wenn das Reparationsprogramm durchgeführt sein wird, dann wird keine Gruppe der anderen vorwerfen können, daß sie zu wenig Steuern zahle. Aber wir brauchen Stetigkeit unserer Politik, und die können wir nicht erreichen, wenn die Opposition genau so stark ist wie die Koalition.

Abg. Dr. v. Campe (D. Vpt.): Die Ausführungen des Ministerpräsidenten waren staatsmännisch und verständig. Die Forderung des Abg. Braun nach Konfiskation des Hohenzollernvermögens bedeutet einen glatten Verfassungsbruch. (Widerspruch b. d. Soz.) Wir danken dem General Hoefer in Oberschlesien für die männliche Antwort, die er der Interalliierten Kommission auf ihre Zumutung erteilt hat. Redner erklärt zur Welfenfrage, das hannoversche Volk stehe keineswegs hinter der welfischen Bewegung.

Abg. Schulz-Neukölln (Komm.): Wenn die Sozialdemokraten jetzt die Beschlagnahme des Hohenzollernvermögens verlangen, so ist das lächerliche Demagogie, denn der Sozialdemokrat Südekum hat diese Beschlagnahme verhindert, als er an der Macht war. Die Sozialdemokraten und Unabhängigen unterstützen im Reiche dieselben kapitalistischen Parteien, die sie angeblich in Preußen bekämpfen.

Abg. Cohn (US.) verlangt gründliche Reform der Schutzpolizei. Der militärische Geist müsse endlich aus den Staatsinstitutionen verschwinden. Opferbereitschaft müsse vor allem von der Landbevölkerung verlangt werden. Das Proletariat könne unmöglich seine Lebenshaltung noch weiter herabdrücken. Die Ausführungen des Ministers waren irreführend und können im Volke kein Vertrauen zu ihm wecken. Die preußische Verfassung ist jetzt schon veraltet.

Abg. Dr. Schreiber-Halle (Dem.):

Die Behauptung des Abg. Braun, daß im Reichswehrministerium noch heute wie in früheren Zeiten 800 Offiziere tätig seien, trifft nicht zu. Es sind bloß 200 Offiziere oder im Offiziersrange stehende Beamte, genau wie es der Friedensvertrag bedingt. Es kann nur schädlich sein für die Interessen des deutschen Volkes, wenn hier Reden gehalten werden, die draußen so gedeutet werden können, als wenn irgendein vernünftiger Mensch in Deutschland auf Revanchepläne sinnt. Man sollte auch nicht immer wieder vom deutschen Militarismus sprechen wie Herr Dr. Cohn, der da meinte, über den Worten des Ministerpräsidenten betreffend Oberschlesien habe der Geist des Militarismus geschwebt. Was daraus sprach, war der Geist der Notwehr eines gequälten Volkes. Die Lage der preußischen Finanzen ist gewiß keine rosige. Die dauernden Einnahmen Preußens bilanzieren indessen mit den Ausgaben, und das Defizit ist im wesentlichen auf die anormalen Reichsfinanzverhältnisse zurückzuführen. Der Weg der Anleihe, wie er zur Deckung eines Defizits in normalen Zeiten gegeben war, ist jetzt verschlossen. Einen sehr wertvollen Besitz stellt das verpachtete Domänenareal Preußens dar. Es sind 300 000 Hektar, aus denen die größtmöglichen Erträgnisse herausgewirtschaftet werden müssen. Man verweist auf die Ertragssteuern, mit denen auch dem Staat zu Hilfe gekommen werden müsse. Die Gewerbesteuer ist doch schon sehr stark angezogen. Da wird nicht mehr viel herauszuholen sein. Eine Steigerung der Grund- und Gebäudesteuer ist nicht möglich, ohne daß sie eine Wohnsteuer wird, die aus sozialen Gründen äußerst bedenklich ist. Die Regierung sollte prüfen, ob es nicht angeht, die Grund- und Gebäudesteuer den Gemeinden zu belassen, aber von gemeindewegen eine Steuer zugunsten des Staates aufzunehmen. Der landwirtschaftliche Betrieb muß so intensiv wie möglich gestaltet werden. Die Förderung der Heimstättenbewegung würde ermöglichen, eine Fülle von Arbeitsstunden für die nationale Arbeit zu gewinnen. Bedauerlicherweise sind Fortschritte bei der Heimstättengesetzgebung noch immer nicht gemacht. Auch die Siedlung geht leider nicht nach Wunsch vorwärts. Es wäre sehr erfreulich, wenn der neue Landwirtschaftsminister seine Vorschläge bald in die Praxis überführte. Eine schnelle und großzügige Ansiedlung wäre auch ein sehr praktisches Mittel, der Arbeitslosigkeit zu steuern und gleichzeitig die Interessen der Kriegsbeschädigten besser zu berücksichtigen. Ohne Autorität kein Wiederaufbau. Die Aufrichtung und Aufrechterhaltung der Republik ist bei denen am besten aufgehoben, die dieser Staatsform und Staatsordnung aus innerster Überzeugung anhängen. Die Einigkeit des Bürgertums wird nicht gefördert, wenn man wie die Deutschnationalen vielfach in der Presse und in Flugblättern zum wirtschaftlichen Boykott des politischen Gegners auffordert. Auch durch Ausschreitungen wie die Skagerrakfeier wird die Einigung des deutschen Volkes nicht gefördert. Ich weiß nicht, ob es schwerer war, zum Ultimatum Ja oder Nein zu sagen. Nun es angenommen ist, müssen alle Parteien sich vereinigen, um es auszuführen.

Damit schließt die Aussprache.

Der Haushaltsplan wird dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Nächste Sitzung: Dienstag den 14. Juni, 2 Uhr nachmittags. Kleine Anfragen und Vorlagen. Schluß ½6 Uhr.

Deutsche Vorstellungen gegen das oberschlesische Ultimatum.

Im Zusammenhang mit der letzten Komplikation in der oberschlesischen Frage durch das Ultimatum der Interalliierten Kommission an General Höfer hat die deutsche Regierung durch ihre Botschafter in London, Paris und Rom ernste Vorstellungen erhoben. Mit Ernst und Nachdruck weist sie darauf hin, daß die Drohung, die bisher von alliierten Truppen besetzten Industriestädte zu räumen, für die Bewohner Oberschlesiens ebenso unerträglich sei wie für das ganze deutsche Volk. Die angedrohte Maßnahme würde den Ausbruch des allgemeinen Bürgerkrieges unvermeidlich machen. Nach Lage der Dinge sei es für die Reichsregierung auch unmöglich, auf die Verteidigungstruppen einen Druck auszuüben, der die deutsche Bevölkerung schutz- und wehrlos den polnischen Banden überliefern würde. Weitsichtiger als die Interalliierte Kommission scheint der englische Oberbefehlshaber zu sein, der nach einer Meldung dem General Höfer die Zusicherung gegeben hat, daß die Säuberungsaktion unmittelbar beginnen und schärfstens durchgeführt werden soll. So groß das Interesse des Deutschen Reiches daran ist, daß neue Komplikationen mit der Entente vermieden werden, so sehr wird man den ablehnenden Vorstellungen der deutschen Regierung zustimmen müssen. Wenn der englische Oberbefehlshaber sein Versprechen wahr macht, wird sich der ganze Konflikt ja wohl von selbst legen. Solange aber die Interalliierte Kommission ihre Autorität nicht auch gegen die Korfantyschen Banden wendet und diesen ein Ultimatum stellt, hat sie jedes Recht verwirkt, dem deutschen Selbstschutz, der doch nur eine Notwehrmaßnahme gegenüber ihrer eigenen Pflichtversäumnis und Vertragsverletzung ist, Vorschriften zu machen. Die Parteilichkeit des Generals Le Rond schreit nachgerade ebenso laut zum Himmel, wie die Not der deutschen Oberschlesier. Im übrigen wird die Mission des Selbstschutzes sofort erledigt sein, wenn die Entente sich endlich auf ihre Pflicht besinnt, den polnischen Aufstand niederzuschlagen und selbst für Ruhe und Ordnung zu sorgen.

Ein neuer Tadel Englands an Le Rond.

Paris, 8. Juni. Die englische Regierung hat endlich auf die letzte französische Note in der oberschlesischen Frage geantwortet. Sie erklärt darin, daß eine eingehende Antwort erst erfolgen würde, wenn der Bericht von Stuart eingetroffen sei. Was die Haltung der französischen Truppen zu Beginn des Aufruhrs anbelange, so erklärt die englische Regierung, daß diese den Polen viel zu günstig gewesen wäre. Alle Behauptungen Englands in dieser Hinsicht werden aufrechterhalten.

Der Notenwechsel über Oberschlesien.

Paris, 7. Juni. Über die englische Antwortnote auf die französische Note vom 30. Mai liegen in den heutigen Abendblättern verschieden lautende Mitteilungen vor. Dem „Temps“ zufolge hätte die englische Regierung erklärt, daß sie mit der französischen Regierung darin übereinstimmt, daß zunächst die Ordnung in Oberschlesien wiederhergestellt werden müsse. Diese Frage müßte erst gelöst werden, ehe andere Entscheidungen getroffen werden können. Deshalb erwartet die englische Regierung zunächst den Bericht von Harald Stuart, den dieser über die Lage in Oberschlesien erstatten soll, dann wolle sie sich über die Mission und über das Arbeitsprogramm der Sachverständigenkommission aussprechen. Dem „Journal des Debats“ und dem „Intransigeant“ zufolge scheint aber in der englischen Note von der Bildung einer Sachverständigenkommission keine Rede zu sein. Der „Intransigeant“ fragt sogar, ob die englische Regierung die Absicht habe, diese Sachverständigenkommission zu entsenden. Auch darüber gehen die Meldungen auseinander, ob in der englischen Antwortnote von der Einberufung des Obersten Rates die Rede ist oder nicht.

Menschen von gestern und heute.

Originalroman von Anni Hruschka.

(Nachdruck verboten.)

„Unerhört! Unglaublich! So etwas ist ja noch nicht dagewesen! Wir halten Familienrat ab, kämpfen die berechtigsten Gefühle in uns nieder, um Rainer diese durchaus unpassende Partie dennoch zu ermöglichen, ich selbst lasse mich herab, den alten Flamm schriftlich um die Hand seiner Tochter für meinen Sohn zu bitten, und dieser Emporkömmling hat die Frechheit, einfach abzulehnen! Vergißt dieser Mensch denn ganz, wer er ist und — wer wir sind? Daß er sich — wie ich ja nicht leugen will — durch Fleiß und Tatkraft zum reichen Mann emporgearbeitet hat, schließt doch die Tatsache nicht aus, daß sein Großvater Lakai war und sein Vater ein armer Bauer, der froh war, daß ihn die alte Buschmühle vor dem Verhungern schützte. Und nun . . .! Rainer, der die besten Partien hätte machen können, ist diesem Menschen zu schlecht als Schwiegersohn! Totschämen müßte man sich, wenn es jemand erführe!“

Graf Kragsburg rannte aufgeregt im Gemach hin und her. Er war völlig außer sich über den Umstand, daß ein Bürgerlicher die Gemeinschaft mit der Familie Kragsburg ablehnte.

Auch die anderen Kragsburgs schwiegen. Sie waren alle, wie gewöhnlich um diese frühe Nachmittagsstunde, im Wohnzimmer versammelt, mit Ausnahme des Hauptbeteiligten Rainer, der mit seiner Schwester Siegrada einen Spaziergang unternommen hatte.

Die Gräfin — oder wie sie auf Dembitz meist genannt wurde — „die Prinzessin“, denn sie war eine geborene Prinzessin Biglstein aus Deutschland und Nichte eines regierenden Herzogs, saß auf ihrem Lieblingsplatz in der linken Fensterecke. Armstühle mit olivengrünem Plüsch standen dort um den schwarzen, silbereingelegten Tisch. An der Wand gegenüber hingen die Bilder des verstorbenen Herzogspaares, das Elternstelle an ihr vertreten hatte, und gegen das Fenster zu stand eine Gruppe Fächerpalmen, die das Tageslicht angenehm dämpften. Abends brannten mit grüner Seide verschleierte Lämpchen in der Ecke.

Des Grafen zwei alte Schwestern, Mie und Tinette Kragsburg, die auf Dembitz lebten, wenn sie nicht ihre vorgeschriebene Zeit im Stift verbrachten, saßen zu beiden Seiten der Gräfin.

Mie, lang und hager, in kerzengerader Haltung, mit einer spinnwebfeinen Handarbeit beschäftigt, schien, wie immer, so auch jetzt nur das Bestreben zu haben, vornehm zu wirken.

Ihre Schwester, im Schloß „Tantchen Tinette“ genannt, war klein und rundlich, lachte gern und vergaß zu der Schwester Kummer leider mit Vorliebe, „wer sie war“.

Jetzt sah sie traurig und bekümmert drein. Sie allein vergaß alle Empörung über dem Gedanken an ihren Neffen Rainer und der Vorstellung, wie tief ihn diese Ablehnung seiner Werbung treffen würde.

Mie, die sie mißbilligend nur die „verkappte Demokratin“ nannte und behauptete, Rainer und Siegrada verdankten ähnliche Anwandlungen nur ihrem Beispiel, sah die Schwester vorwurfsvoll an. Warum war sie nicht auch entrüstet wie sie alle?

Am Kamin lehnte nachlässig der Stammhalter der Familie, Ulanenoberleutnant Gundaker Kragsburg, der Stolz und Liebling seiner Eltern.

Er war vor acht Tagen zu kurzem Urlaub aus dem Felde heimgekommen, gerade, um den Sturm mitzumachen, den seines jüngeren Bruders Erklärung, er wolle Helene Flamm heiraten oder gar nicht, heraufbeschworen hatte.

An ihn wandte sich die Gräfin nun.

„Es ist wirklich sehr peinlich, diese ganze Geschichte! Was sagst du dazu, Gundaker?“

„Was ich schon gleich anfangs sagte, Mama: Daß es von vornherein eine unmögliche Idee war! Wir und . . . diese Leute!“

„Nun ja . . . aber Papa meint doch, da der alte Flamm nun einmal so reich ist und wir das Geld auf Dembitz gut gebrauchen könnten, aus diesem Grunde allein stimmten wir schließlich ja auch alle zu.“

Und sie erinnerte sich gleichzeitig an die peinliche Beratung über diese Angelegenheit. Wie anfangs alle stürmisch dagegen gewesen waren und wie ihr Gatte ihnen dann zögernd andeutete, daß, wenn Rainer, wie es bestimmt war, Dembitz übernehme, da Gundaker nun einmal nichts von Landwirtschaft wissen wolle, er dabei durchaus auf die Mitgift einer reichen Frau angewiesen sein müsse. Denn von der halben Million Mark, die Mama seinerzeit von der Tante Herzogin als Mitgift bekommen, sei so gut wie nichts mehr da. Und Dembitz, das ihr der Herzog als Hochzeitsgeschenk gegeben, koste viel und trage wenig. Daß er selbst, als er um Mama warb, nichts als seinen alten Namen und die Rittmeistergage besessen, wüßten sie alle. Die Seitenlinie der Kragsburg, der sie angehörten, sei nun einmal nicht vermögend. Und in dreißig Jahren verbrauche sich viel, wenn man standesgemäß lebe und Kinder habe. Und — kurz — in Anbetracht des Flammschen Geldes . . .

Die Gräfin hatte nicht viel verstanden von dem allen, auch nicht genau hingehört, denn Erörterungen über Geldsachen waren ihr stets peinlich.

Sie dachte nur, daß Rainer infolge eines Armbruchs den linken Arm steif behielt und nicht zum Militär konnte, und dadurch, daß er nur Landjunker sein wollte, sei er ja viel weniger elegant als sein Bruder und könne auch nicht so hohe Ansprüche stellen. Und da er diese Helene Flamm durchaus will . . . und wir ihr Geld brauchen, wie Erwin sagt, so . . .

Und sie stimmte seufzend bei, als die anderen, mit Ausnahme Gundakers, nach den Erklärungen Kragsburgs für diese Verbindung waren.

„Was Helene Flamms Geld anbelangt,“ sagte nun Gundaker achselzuckend, „ so war übrigens das ganze eine grundfalsche Rechnung, liebe Mama! Ich habe mich gestern so unter der Hand beim Pfarrer so ziemlich genau über die Verhältnisse im Mühlenhaus unterrichtet. Ihr hättet euch noch schön geärgert. Der alte Flamm ist ein Filz erster Güte, der seinen eigenen Kindern kaum das Leben gönnt und bei Lebzeiten keinen roten Heller ausgelassen hätte.“

„Was du nicht sagst!“

„Daß er sehr knausrig sein muß, dachte ich mir längst“, meinte Tante Mie. „Sonst würden die Kinder seiner ältesten Tochter sich doch nicht selbst ihr Brot verdienen müssen. Grete Wendholm ist ja jetzt Lehrerin hier in Sachsenberg und ihr Bruder Gerhard Gemeindearzt. Aber ich dachte, vielleicht liebt Flamm seine Enkelkinder nicht?“

„Im Gegenteil“, versicherte Gundaker. „Er soll sie sehr gern haben. Nur ist es seine Marotte, die Taschen fest zugeknöpft zu halten. In dieser Welt hat jedermann für sich selbst zu sorgen, sagt er, und was ich verdiene, gehört mir allein. Am gelungensten war er, als seinerzeit Wendholm um Martha Flamm warb. „Ich habe nichts dagegen, wenn sie das Mädel heiraten wollen, nur Geld erwarten Sie nicht von mir. Was ich habe, brauche ich in meinen Unternehmungen.“ Ich bitte euch — das sagt er einem mittellosen Infanterieoffizier — damals erst Oberleutnant!“ Gundaker lachte.

Seine Mutter starrte ihn ganz verblüfft an.

„Wie — nicht einmal das Kommisvermögen?“

„Nein. Ein Onkel Wendholms streckte es ihnen dann vor, sonst wäre die Heirat unmöglich gewesen. Aber sie mußten die Zinsen stets ihm abliefern. Dadurch war es natürlich eine Misere von Anfang an. Sogar die Aussteuer machte sich Flamm sehr bequem. Bezüglich der Wäsche erklärte er: „Ein Dutzend von jeder Gattung genügt.“ Möbel kaufte er nur teilweise neu. Vieles mußte Martha von daheim mitnehmen. Urväter Hausrat, der noch von Flamms Vater her unbenützt auf dem Boden stand und dann nur vom Dorftischler notdürftig aufgefrischt wurde. Hätte die alte Frau Flamm, die damals noch lebte, der Tochter nicht manches heimlich zugesteckt, wäre die arme Martha tatsächlich wie eine Bettlerin in das Haus ihres Gatten getreten!“

„Unglaublich!“

„Aber dennoch wahr, da der Pfarrer die Verhältnisse im Mühlenhaus sehr genau kennt. Seine Schwester unterhält ja einen ziemlich lebhaften Verkehr mit Helene Flamm. Mit den beiden anderen Kindern macht es Flamm übrigens nicht besser. Die schöne Helene muß daheim arbeiten und bekommt dafür kaum ein gutes Wort vom Alten. Mit Hans, der, wie ihr ja wißt, ein körperlich ganz verkümmerter Mensch ist, der auf einem Bein hinkt und nur mit größter Anstrengung die Schule besuchen konnte, treibt er es am ärgsten. Der junge Mensch soll fabelhaft begabt für Technik sein und schon allerlei Erfindungen gemacht haben, die der Alte kaltblütig in seinen verschiedenen Betrieben ausnützt, ohne dem Sohn dafür Entschädigung zu geben, ja ohne auch nur seinen Namen als Erfinder zu nennen. Hans regelrecht Technik lernen zu lassen, war ihm natürlich auch viel zu kostspielig. Wäre Egbert Heider nicht Hansens Jugendfreund, der ihn mit allen nötigen Büchern versorgte, und, wenn er auf Ferien heimkam, den eben selbst bewältigten Lehrstoff noch einmal mit ihm durchnahm, hätte der junge Flamm es über die Mittelschule nie hinausgebracht. So aber legte er alljährlich die Hochschulprüfungen ab, ohne daß sein Vater etwas spürte, und soll heute mehr wissen als mancher Professor. Der Alte nimmt übrigens davon gar keine Notiz, nützt ihn nur aus und hält ihn in drückendster Abhängigkeit. Du siehst also, liebe Mama, was unter diesen Umständen pekuniär für Rainer und Dembitz zu hoffen gewesen wäre!“

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210608-18/fragment/page=0005

Die französische Regierung

hat die englische Note sofort beantwortet. Sie teilt auch den englischen Standpunkt, daß für die Ernennung und die Bestimmung des Wirkungskreises der Sachverständigen eine Verzögerung eintreten müsse, bis die Ordnung in Oberschlesien wiederhergestellt sei, weil die Lösung dieser Frage allem anderen vorausgehen müsse. Die Zusammenarbeit der britischen, französischen und italienischen Truppen werde unzweifelhaft zur Beruhigung des Landes beitragen.

Besprechungen zwischen Höfer und General Henniker.

Wie wir an zuständiger Stelle erfahren, haben zwischen General Henniker und General Höfer Besprechungen stattgefunden, wie die militärische Liquidierung in Oberschlesien in die Wege zu leiten sei. Wir erfahren weiter hierzu, daß sowohl die oberschlesische Bevölkerung als auch der Selbstschutz in Oberschlesien mit Bestimmtheit erwarten, daß die zur Säuberung von den Insurgenten vorzunehmenden militärischen Aktionen ausschließlich von englischen Truppen ausgeführt werden und nicht von französischen, wenn sie überhaupt Erfolg haben sollen. Ferner erwartet man, daß irgendwelche Verhandlungen mit den Insurgenten oder ihrem Führer Korfanty auf jeden Fall abgelehnt werden, da man es mit Rücksicht auf seiner Würde halten muß, sich mit Banditen einzulassen. Eine Nichtachtung dieser beiden grundlegenden Hauptforderungen der Oberschlesier würde die Bevölkerung nicht verstehen.

Kommissar Stuart meldet eine Entspannung.

Paris, 8. Juni. Der neue englische Kommissar Harald Stuart kündigte an, daß eine wichtige Verbesserung in der Haltung der Insurgenten eingetreten sei. Am Sonntag sandten die Führer der Polen der Interalliierten Kommission eine Reihe von Vorschlägen zu, worin sie anboten, ihre Truppen um bis 10 Kilometer östlich der jetzt bestehenden Linie zurückzuziehen, damit eine neutrale Zone errichtet werden könnte, die von den alliierten Truppen besetzt werden sollte. Die Polen verpflichten sich auch, die systematische Zerstörung des Privateigentums und der öffentlichen Gebäude zu vermeiden. Aber diese Angebote sollen nur unter gewissen Bedingungen gelten:

1. sofortige Einstellung des deutschen Vorrückens;
2. Zurückziehung der deutschen Truppen;
3. Aufhebung der deutschen Posten;
4. Einsetzung einer lokalen Polizei in der neutralen Zone, die unter der Kontrolle der Alliierten stehen müsse;
5. das Versprechen der Alliierten, die polnische Bevölkerung unter ihren Schutz zu nehmen.

Zusammenstoß zwischen der deutschen Bevölkerung und der französischen Besatzung in Beuthen.

In Beuthen kam es, wie das „B. T." meldet, zu Zusammenstößen zwischen der Bevölkerung und den französischen Besatzungstruppen, wobei zwölf Tote und sechs Verletzte zu verzeichnen waren. Unter den Toten befand sich ein französischer Offizier, der einen vor dem Eingang eines Kaffeehauses stehenden unbewaffneten Deutschen mit der Pistole niedergeschossen hatte. Er wurde dafür von der erbitterten Menge gelyncht.

Die meisten Opfer fielen durch die wüsten Schießereien der Polen und der Franzosen, die in die Fenster schossen und zahlreiche Personen in den Wohnungen töteten, darunter auch Kinder und Frauen. Die Erbitterung der Bevölkerung ob des sinnlosen Vorgehens der Franzosen, die aus Tanks und mit Maschinengewehren die Straßen entlang schossen, war unbeschreiblich. Lediglich der Besonnenheit der deutschen Führer ist es zu danken, daß nicht noch mehr Blut vergossen wurde.

Niedermetzelung italienischer Soldaten durch Polen.

Die oberschlesischen Blätter berichten Einzelheiten über die Niedermetzelung der italienischen Soldaten, die die Besatzung der Dubenskogrube in Oberschlesien gebildet hatten. Nachdem man ihnen die Waffen weggenommen hatte, mußten sie fortlaufen. Es wurde dann solange auf sie geschossen, bis sie alle tot zusammenbrachen. Vorher hatten sie den polnischen Insurgenten Hände und Füße küssen müssen. Auch der Kommandant der Italiener, der mit hochgehobenen Händen über den Grubenhof gehen mußte, wurde auf kurze Entfernung niedergeschossen.

England will die Unruhen in Oberschlesien unterdrücken.

Paris, 8. Juni. Einer offiziellen französischen Mitteilung zufolge hat die englische Regierung der deutschen Regierung mitgeteilt, daß englische Truppenkräfte, welche der Interalliierten Kommission in Oberschlesien zur Verfügung stehen, demnächst in genügender Anzahl vorhanden sein werden, um Unruhen zu unterdrücken. Der deutsche Vorschlag, den englischen Truppen zu Hilfe zu kommen, sei nicht am Platze und würde nur die gegenwärtigen Schwierigkeiten vermehren, statt sie zu vermindern.

Kampfbericht aus Oberschlesien.

Sehr lebhafte Kampftätigkeit an der gesamten Front.

Berlin, 8. Juni. Im Laufe des gestrigen Tages ist ein mit der Bahn beförderates englisches Bataillon in Gleiwitz angekommen. Ein Ein zweites englisches Bataillon und eine Kompanie französischer Truppen befinden sich in Rosenberg. In der Gegend von Krappitz und Ottmuth hat ein Bataillon italienischer Truppen Stellungen bezogen. Die Kampftätigkeit der Aufständischen war auch gestern an zahlreichen Stellen der von den Insurgenten gehaltenen Linie sehr lebhaft. Im Kreise Rosenberg bei Jastrzigowitz starkes polnisches Infanterie- und Maschinengewehrfeuer. Nördlich Worschau scheiterte ein gegen Josephshöhe gerichteter Vorstoß der Aufrührer. Albrechtsdorf und St. Annakirche wurden mit Artillerie beschossen. Bei Gröitsch wurde eine polnische Batterie festgestellt. Die Ausschreitungen der Insurgenten im Kreise Rosenberg dauern an. Schloß Zembowitz wurde von den Aufrührerbanden ausgeplündert. Im Kreise Groß-Strehlitz wurden Angriffe der Insurgenten bei Daniey abgewiesen. Bei Kalinow kleinere erfolglose Vorstöße der Aufrührer. Im Kreise Kosel scheiterte ein durch einen Panzerzug unterstützter Vorstoß der Insurgenten auf Kandrzin. Altkoslé wurde von deutschen Selbstschutz besetzt. Im Kreise Ratibor wurden die Ziegelei bei Ratibor und das Vorwerk Neuhof bei Zabelkau von polnischer Artillerie beschossen. Bei Olau wurde ein polnischer Panzerzug festgestellt. Nach Mitteilung des berg- und hüttenmännischen Vereins haben die Aufständischen in der zweiten Hälfte des Monats Mai sehr erhebliche Mengen von Kohlen ohne Kontrolle und ohne Bezahlung aus den Werke und der übrigen für die Ausfuhr zuständigen Stellen nach Polen abgefahren.

Nur Kongreßpolen kämpfen in Oberschlesien. — Ein Hilferuf aus Kattowitz.

Wie der „Vorwärts" meldet, beginnt sich die Bildung einer neutralen Zone in Oberschlesien zwischen den polnischen und deutschen Streitkräften zu vollziehen. Im Norden haben englische Truppen Rosenberg besetzt. Im Süden ist ein Bataillon Italiener in Krammitz eingerückt. In der Mitte der Front englische und französische Truppen zwischen deutschem Selbstschutz und polnischen Insurgenten. Dadurch ist es wohl auch zu erklären, daß während eines Gefechtes zwischen Selbstschutz und Polen bei Kalinow drei verwundete und sieben unverwundete Franzosen durch den deutschen Selbstschutz gefangen genommen wurden. Die Franzosen wurden sofort dem nächstliegenden französischen Kommando zur Verfügung gestellt.

Mehreren Blättermeldungen zufolge kämpfen auf der Seite der polnischen Insurgenten jetzt nur noch sehr wenige Oberschlesier. Die polnischen Bergleute, die kampfesmüde sind, sind fast überall in die Betriebe zurückgekehrt. Die polnischen Kampflinien bestehen fast nur noch aus Kongreßpolen, darunter zahlreichen geschlossenen Verbänden und aller Formationen der polnischen Armee.

Die schwerbedrängte Stadt Kattowitz

hat an die Kulturnationen einen Hilferuf gesandt, in dem es heißt: Die Not ist ins Ungeheure gestiegen. Heute wieder ohne Wasser. Die Lebensmittel gehen zur Neige. Der Stadtkommandant hat es mit seiner militärischen Ehre unvereinbar erklärt, daß die Insurgenten die Stadtmitte betreten. Trotzdem ist der Bahnhof mitten in der Stadt von den Insurgenten besetzt worden. Wir müssen sofortige Nachricht verlangen, ob und wann Entsatz der Stadt zu erwarten ist. Schwere Unruhen infolge Verzweiflung der Bevölkerung unvermeidlich.

Vorstellungen der deutschen Regierung wegen der Ausschreitungen in Ostrowo.

Berlin, 8. Juni. Auf die Vorstellungen des Posener deutschen Konsuls wegen der schweren Ausschreitungen gegen die deutschen Bürger von Ostrowo am 2. Juni erwiderte der polnische Wojewiniste in Posen, er verurteile zwar die Vorgänge, aber er müsse darauf aufmerksam machen, daß es infolge der Vertreibung polnischer Arbeiter aus Westfalen und aus der Niederlausitz im ganzen Abtretungsgebiet gegen die Deutschen gäre. Demgegenüber ist festzustellen, daß die im Friedensvertrag übernommenen Verpflichtungen die polnische Regierung binden, die dem polnischen Reiche überantworteten deutschen Minderheiten nachdrücklich und unter allen Umständen gegen die Übergriffe der nationalpolnischen Mehrheit zu schützen. Der deutsche Geschäftsträger ist angewiesen, dies in Warschau zum Ausdruck zu bringen. Die vom polnischen Wiziminister behaupteten Vorgänge in Deutschland unterliegen gegenwärtig der Nachprüfung.

*

Deutschland soll in den Völkerbund eintreten.

Genf, 7. Juni. Die in der sechsten Kommission der Union der Völkerbundsvereinigungen von den Vizepräsidenten Professor Aulard (Frankreich) eingebrachte, einstimmig angenommene Entschließung hat folgenden Wortlaut: Im Interesse eines wirklichen Friedens und der Zusammenarbeit der Völker drückt der Kongreß den Wunsch aus, Deutschland möge gemäß dem Völkerbundsakte baldmöglichst im Völkerbund aufgenommen werden.

Der fünfte Kriegsbeschuldigten-Prozeß.

Zu dem heute, Mittwoch, vormittags 9 Uhr beginnenden neuen Kriegsbeschuldigten-Prozeß vor dem Reichsgericht, der sich, wie von uns bereits mitgeteilt, gegen den jur. Max Rade jr. aus Leipzig wegen angeblicher Erpressung von Geständnissen richtet, sind elf inländische und 15 ausländische Zeugen geladen worden. Die Verteidigung führt Justizrat Dr. Kaiser aus Leipzig. Als Sachverständige sind Polizeirat Bauer (München) und drei Ärzte aus Geerandsbergen (Belgien) geladen worden. Die Funktion des Dolmetschers hat Universitätslektor Dr. van de Kerhove in Berlin-Steglitz übernommen.

Hinausschiebung der weiteren Termine in den Kriegsbeschuldigten-Prozessen.

Auf Antrag der französischen Regierung ist in der Strafsache gegen den Generalleutnant a. D. Stenger und den Major a. D. Crusius wegen Erschießung von Gefangenen der Termin vom 15. Juni auf Mittwoch, den 29. Juni, verlegt worden. Gleichzeitig wurde der Termin in der Strafsache gegen den Oberleutnant a. D. Laule vom 22. Juni auf Donnerstag, den 7. Juli 1921, verlegt. Als Grund kommen Schwierigkeiten bei Ladung der französischen Zeugen in Betracht.

Ein Anschlag auf die deutsche Vollblutzucht.

Nach einer Mitteilung der „Sportwelt" soll die französische Schadensatz-Kommission, die die Durchführung des Versailler Henkervertrages auf pferdezüchterischem Gebiet vorbereitet, die beiden Stützen der deutschen Vollblutzucht, Dart Ronald und Nuage, anzufordern beabsichtigen. Im allgemeinen stellt der Bericht der Kommission fest, daß die deutsche Pferdezucht durch den Krieg sehr gelitten habe und wenig Brauchbares aufweise. Nur diese beiden Hengste seien aus der Vollblutzucht geeignet.

Würde diese Forderung in der Tat durchgesetzt, so bedeutete das einen fast vernichtenden Schlag für die deutsche Vollblutzucht, da wir bei dem Stand unserer Valuta uns in absehbarer Zeit keinen vollwertigen Ersatz beschaffen könnten.

Die Auflösung der deutschen Selbstschutzorganisationen und die Interalliierte Militärkommission.

Berlin, 8. Juni. Wie bekannt, hatte die Interalliierte Militärkommission von der deutschen Regierung bis zum 30. Mai die Einreichung einer Liste derjenigen Selbstschutzorganisationen verlangt, die die Regierung in Anwendung des Gesetzes vom 22. März 1921 auflösen babichtigt. Der Kommission ist mit Rücksicht auf die Bedingungen des Ultimatums vom 5. Mai d. Js. freigemäß eine Liste übersandt worden, die die Organisation Escherich, die ostpreußischen Wehren und die bayerischen Einwohnerwehren enthält. Die Kommission hat hierauf erwidert, daß die Liste unvollständig sei, da sie nicht alle Selbstschutzorganisationen enthalte, die nach den Pariser Beschlüssen in Verbindung mit dem Ultimatum aufzulösen seien. Die deutsche Regierung hat darauf geantwortet, daß nach ihrer Kenntnis und den Mitteilungen der Landesregierungen die übersandte Liste sämtliche Selbstschutzorganisationen in Deutschland bestehend nach den genannten Bestimmungen aufzulösenden Organisationen umfasse. Sie hat darauf hingewiesen, daß die an zahlreichen Orten Deutschlands früher vorhandenen, mit Militärwaffen versehenen, aber inzwischen entwaffneten Organisationen durch die Erlasse der Landesregierungen über die Auflösung der Einwohnerwehren überall außer in Bayern und Ostpreußen auch aufgelöst seien und aufgehört hätten zu bestehen. Durch ein Rundtelegramm seien die Regierungen der Länder erzucht worden, sofort nachzuprüfen, ob sich etwa Organisationen der Verpflichtung zur Auflösung entzogen haben. Wo dies der Fall sein sollte, würde alsbann die Auflösung auf Grund des Gesetzes vom 22. März bewirkt werden.

*

Aus dem besetzten Gebiet.

Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage im Solinger Industriebezirk.

Köln, 8. Juni. Die Kölnische Volkszeitung schreibt aus Solingen: Die wirtschaftliche Lage des Solinger Industriebezirks verschlechtert sich unter dem Einfluß der Sanktionen und der Einfuhrabgabe der Entente von Tag zu Tag. Nachdem nun auch nach Amerika, vor dem Kriege einer der Hauptabnehmer von Solinger Erzeugnissen, sich zurückgezogen hat, dürfte auch das Geschäft mit den Vereinigten Staaten nahezu unmöglich werden, zumal in den letzten sechs Jahren in Amerika eine scharfe Konkurrenz gegen die Solinger Industrie sich entwickelt hat. Voll beschäftigt ist heute fast keine einzige der Solinger Fabriken. Eine Firma nach der anderen muß sich zu Einschränkungen der Arbeitszeit und des Betriebs entschließen. Die meisten arbeiten nur noch drei Tage, und auch dies nur, um nicht noch mehr Arbeiter entlassen zu müssen.

Drückende Requirierungen durch die französische Besatzung.

Berncastle, 8. Juni. Trotz der Annahme des Ententeultimatums durch Deutschland und trotz der wiederholten Versicherungen der französischen Staatsmänner, daß Frankreich eine friedliche Auseinandersetzung mit Deutschland wünsche, deutet bisher im Rheinland nichts darauf hin, daß Frankreich gesonnen ist, den guten deutschen Willen zur Wiedergutmachung durch die Tat anzuerkennen. Die Zahl der französischen Truppen, die am Rhein zur Besetzung des Ruhrgebiets zusammengezogen worden sind, ist immer noch nicht vermindert worden. Das Rheinland gleicht einem großen Kriegslager. Abgesehen von der gleich stark gebliebenen Besatzung in den Städten sind zahlreiche Truppen auch über das platte Land verteilt. Es ist z. B. in verschiedenen Ortschaften des Kreises Wittlich eine ganze Division untergebracht worden. Die Truppen sind vollständig kriegsmäßig ausgerüstet und führen alles moderne Kriegsmaterial, wie Tanks, schwere Geschütze usw. mit sich. Da die Truppen teilweise unangesagt von den französischen Provianträmtern versorgt werden, requirieren sie Lebens- und Futtermittel. So haben Soldaten im Kreise Berncastle gerade zum Schnitt reife Wieken abgemäht. Die Besitzer wurden dadurch um so härter betroffen, als ohnehin schon eine große Futterknappheit infolge der Trockenheit zu befürchten ist. Die Stimmung der rheinischen Bevölkerung gegen die Franzosen wird unter diesen unnatürlichen Beschäftigungen immer schlechter.

Köln, 8. Juni. Wie die „Kölnische Ztg." erfährt, haben die Vertreter der Freien Gewerkschaften die britische Besatzungsbehörde in Köln darauf aufmerksam gemacht, daß die Kölner Bevölkerung neben den Erscheinungen des Zerfalls der französischen Truppen durch französische benunruhigt sei. — Auch in Engelskirchen und Eublar sind die britischen Truppen abgerückt und durch Franzosen ersetzt worden.

Zum Merseburger Kinderfest.

Aus dem Lehrerkreise wird uns geschrieben:

Chronos hat im „Korrespondenten" wieder einmal gesprochen. Er ist ein eifriger Verfechter des sogenannten Kinderfestes, die Lehrer bekommen dabei auch immer einmal einen gelinden Zuspruch. Wir nehmen aber zu seinen Gunsten an, daß er nicht meint, dadurch die Lehrerschaft nur im geringsten in ihrer Ansicht über das fragliche Fest umstimmen zu können. Jedenfalls wird es zur Klärung viel beitragen, wenn die Merseburger erfahren, welche Stellung die Lehrer zu dieser Veranstaltung einnehmen. Wenn sie hören, daß die Lehrer dem Feste unsympathisch gegenüberstehen, so wird sie das nicht überraschen, denn das ist eine bekannte Tatsache. Nur über die Gründe dazu müßte doch einmal gesprochen werden. Wir müssen die Ansicht entschieden zurückweisen, als gönnten wir den Kindern kein Vergnügen. Das Gegenteil ist der Fall. Wir wollen nicht nur mit ihnen arbeiten, sondern uns auch mit ihnen freuen. Dazu haben wir schon Gelegenheit beim Unterrichte selbst, dann kommen die Schulausflüge dazu, die nicht nur dem Interesse des Unterrichts dienen. Wir bestreiten, daß das sogenannte Kinderfest ein wirkliches Fest für die Kinder ist, wir behaupten, es ist ein Fest für die Erwachsenen, die sich an den entfesselten, ohne Rücksicht auf die ihnen Lehrer und Kinder um reichlich engbegrenzten Raum darbieten, ergötzen. Die erwachsenen Leser dieser Zeilen möchten doch einmal in sich gehen und sich aufrichtig fragen, ob das Interesse an der Freude der Kinder wirklich so groß ist, oder ob das eigene Ich ausschlaggebend ist bei dem Geschrei nach dem Kinderfest. Es soll auch offen ausgesprochen werden, was man sich sonst nur geheim zuraunt, daß nämlich auch ein Teil der Lehrer Geschäftsleute ein recht lebhaftes Interesse an der Wiederbelebung des bereits totgeglaubten Festes hat. Am wenigsten interessiert sind die Kinder. Wir geben gern zu, daß sich der Kinderfesttaumel der Erwachsenen auch auf die Kinder übertrug. Denn wenn man vor dem Feste von nichts anderem sprach, als von neuen weißen Kleidern, Schuhen, Schürzen, Kränzen usw., so wurden natürlich auch die Kinder angestellt, besonders die Mädchen. Wir erkennen auch an, daß der Festzug trotz Sonnenbrand und Staub für die Zuschauer direkt imposant gewesen ist. Die ständigen Opfer der Ohnmacht fallen nicht ins Gewicht, da man dagegen auf der andern Seite das großartige Schauspiel buchen kann. Mit dem Auszuge ist das Fest für die Kinder erledigt, allerdings nicht für die Erwachsenen. Was nun kommt, ist völlig unpädagogisch und vom gesundheitlichen Standpunkt durchaus zu verwerfen. Wir erinnern an das Trinken einer ganzen Klasse aus nur wenigen, völlig verstaubten Töpfen, das Spielen im heißen Sonnenbrand usw. Die vor dem Kriege gut genährten Kinder hielten mit den schon oben erwähnten Ausnahmen die gewaltigen Strapazen ganz gut, nicht zum Fest der Kinder — im allgemeinen aber, ältere ausgemergelten, oft nur aus Haut und Knochen bestehenden Kinder sind diesen Anstrengungen nicht gewachsen. Wir Lehrer sind sprachlos über die Bilder des Jammers, die wir bei der letzten ärztlichen Untersuchung zu sehen bekamen. Vielleicht tragen diese Zeilen dazu bei, daß sich die Eltern solcher unterernährten Kinder ernstlich die Frage vorlegen, ob sie ihre Kinder diesen Strapazen aussetzen oder nicht. Der nach dem Bericht des „Korrespondenten" angedrohte Zwang der Stadtverordneten ist wohl nur ein Scherz oder mindestens ein Irrtum! Nun das Spielen selbst. Daraus machen sich die Kinder absolut nichts. Nur mit Mühe, oft unter Drohungen, kann der Lehrer die Kinder, besonders nach der Pause, zusammenhalten und zum Spiele bewegen. Ist das ein Fest für die Kinder? Die gehen lieber unter den großen Rummel, das ist für sie ein Fest. Alles atmet auf, wenn endlich das Signal zum Eingang ertönt. Wie glücklich sind sie dann abends bei dem Gefühl, daß das Fest endlich vorüber ist. Und das nennt sich Kinderfest! Die Erwachsenen fühlen das in ihrem Innersten. Ist es doch in der Tat einige Male vorgekommen, daß auf Wunsch des Magistrats und der Stadtverordneten, die sich im kühlen Magistratszelte bei Bier und Zigarren gütlich taten, das „Fest für die Kinder" verlängert werden mußte.

„Aber die armen Kinder sollen doch auch ihr Fest haben", wird entgegnet. Sehr richtig! Darum Ihr Erwachsenen, nehmt es einmal ernst mit dieser Rede und bereitet den Kindern ein Fest, sei es gesanglicher, turnerischer oder sportlicher Natur, und laßt Ihr Euch nicht von den Kindern ein Fest veranstalten. Wir Lehrer würden gern bereit sein, die Klassen geschlossen auf den Festplatz zu führen und sie während der Darbietungen zu beaufsichtigen. Also auf, bereitet den Kindern ein Fest!

Der Magistrat hat beschlossen, das Fest in seiner alten Form zu feiern und dazu 5000 ℳ auszuwerfen. In Friedenszeiten soll es mit den Nachbewilligungen etwa 3000 ℳ gekostet haben. Die Rechnungen von 1914 sind leider verschwunden — sonderbar, höchst sonderbar! Da man doch gewöhnt ist, jetzt bei allen Ausgaben mindestens das 10 fachen Betrag des Friedenspreises anzunehmen, muß es wunderbar erscheinen, daß der Magistrat diesmal gerade einmal von dieser Gepflogenheit abweicht und eigentlich nur zu Friedenspreisen einkauft. Welche Kosten entstehen würden, wenn das Fest wie in der Vorkriegszeit gefeiert werden sollte, ist nicht so ohne weiteres errechenbar. Diese Ausgestaltung des Festes ist ja auch in manchen Beziehungen gar nicht durchführbar. Nach verschiedenen Abstrichen dürfte aber doch eine Summe von mindestens 30 000 ℳ herankommen. Ist es nicht sonderbar, daß der Magistrat nicht weiß, woher er das Geld nehmen soll? Bei notigsten Behörfnissen nehmen soll, sich hier diese überflüssige Ausgabe leistet? Lehrer und Schüler würden sich freuen, wenn sie sich im Laufe des Unterrichts die häufig schmutzig gewordenen Hände waschen und abtrocknen könnten. Doch da fehlen die Handtücher. Die Vorhänge, die gegen den glühenden Sonnenbrand schützen sollen, hängen in manchen Klassen in Lumpen herunter. Sollen noch mehr Beiträge angefährt werden? Alle dahingehenden Anträge sind abgelehnt worden, da kein Geld vorhanden sein soll. Wir Lehrer können uns wohl in die Notlage der Stadt versetzen, haben die Stadt mit weiteren Anträgen verschont und suchen uns zu helfen, so gut und schlecht es eben geht. Muß das nicht aber Bitterkeit erregen, wenn hier das Nötigste abgelehnt wird, während man auf der anderen Seite Tausende von Mark für ein durchaus entbehrliches Fest zum Fenster hinauswirft?

Wie soll die wirtschaftliche Frage des Festes seitens der Eltern gelöst werden? Es wäre gewiß interessant, auch ihre Meinung zu hören. Wie hoch würden sich wohl die Ausgaben eines Elternpaares belaufen, das nur 2—3 Kinder auszustatten und auf dem Festplatze, sogen wir nur mit Getränken, zu ertrinken hat? Wir denken natürlich nicht an Kriegsgewinnler! Die Entgegnung, daß jedes Kind das Kleid anzieht, das es nun eben hat, weisen wir durch die Praxis zurück. Es gibt eben Leute, „die sichs leisten können", und die andern machen mit, sonst gibts viel Tränen. Würde man übrigens auf diesen äußern Pomp verzichten, so würde das Feste der ganze Schmelz genommen.

An den alten Formen gehören auch die, welche auf die Entlehung des Festes Bezug nehmen. Es ist bekanntlich ein rein kirchlich-evangelisches Fest. Nun sind seit dem letzten Fest zwei Neuerscheinungen hinzugetreten. Erstens hat sich die Zahl der katholischen Kinder vermehrt, zweitens sind eine Anzahl Kinder auf Veranlassung ihrer Eltern aus der kirchlichen Gemeinschaft entfernt worden. Es ist doch undenkbar, daß mindestens die Eltern der letzten Gruppe die Teilnahme ihrer Kinder gestatten, sie würden sich ja sonst mit ihren Prinzipien lächerlich machen.

Es lassen sich noch manche andere Gründe gegen das umstrittene Fest anführen. Vielleicht ist doch das letzte Wort in dieser Frage noch nicht gesprochen. Heraus mit der Meinung! Wir wollen gern umwerfen.

Gewinn-Auszug

der

17. Preuß.-Südd. (243. Preuß.) Klassen-Lotterie

5. Klasse. 22. Ziehungstag. 6. Juni 1921.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Ohne Gewähr. Nachdruck verboten.

Es wurden Gewinne über 390 Mark gezogen.

2 zu 1000 M und die Prämie zu 500000 M 24322
2 zu 300 M und die Prämie zu 100000 M 160401 214313

2 zu 75000 M 62056
2 zu 10000 M 83149
2 zu 5000 M 62233

76 zu 3000 M 8287 4449 7961 14140 16224 16431 20977 31038 31601 41418 44986 60067 60015 74667 76151 85818 86553 90211 92202 103334 113155 124549 125811 136055 149730 151188 151548 152901 152168 163033 170181 175835 205449 205773 212600 225187 229467 230360

156 zu 1000 M 3591 5462 7805 8446 8575 12817 16366 16395 17132 19714 24192 24372 27008 31018 32371 33587 39903 44195 45780 49683 50377 56066 57250 62857 63336 72720 76150 77518 77657 80257 81990 81626 87185 87583 101413 102319 102936 103486 113164 119001 121076 122149 125004 129892 131190 133204 134929 136467 139326 147391 163319 166072 166390 168214 171352 182117 182241 184231 188006 190417 192165 194316 197390 197904 203038 203352 206627 208893 214253 214698 222057 226076 229351 227653 233400 236028 239916

218 zu 500 M 2041 3614 3816 5749 7650 10131 10656 13904 14898 15238 15476 15737 16210 16731 17786 17936 19306 19317 19344 19359 19371 19386 19402 19491 19533 20167 20387 20571 20638 20776 20780 20963 21111 21267 21400 21509 21626 22060 22181 22319 22532 22714 22872 22986 23072 23273 23731

Die Ziehung der 1. Klasse 18-244. Lotterie findet statt am 12.—13. Juli.

Kukirol
beseitigt schnell, sicher und schmerzlos
Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen.
Millionenfach bewährt.
Schachtel M. 3.-
Jn Apotheken u. Drogerien erhältlich
Adler-Drogerie, Entenplan.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210608-18/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 5.— Mk., durch unsere Austräger 5.— Mk. und 50 Pfg. Zustellungsgebühr, durch unsere Landboten 5.— Mk. und 75 Pfg. Zustellungsgebühr, durch die Post bezogen 6 Mk. einschl. Bestell- und Bezugsgeld. Einzelnummer 30 Pfg.

Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 80 Pfg., im Reklameteil 1,20 Mk., für Ziffernanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.

Postscheckkonto: Leipzig 39070.

Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.

Mit dem wöchentlich 2mal erscheinenden Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg" und „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 131 — Mittwoch den 8. Juni 1921 — 47. Jahrg.

Programmreden im Preußenhause.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Die Reden die jetzt im Preußischen Landtage gehalten worden sind, dürfen ein über Preußen weit hinausgehendes Interesse beanspruchen. Schon die Tatsache, daß der Ministerpräsident Stegerwald an zwei Tagen hintereinander gesprochen hat, spiegelt die allgemeine deutsche Bedeutung der preußischen Landtagsdebatten wieder. Es ist nur natürlich, daß die Geschehnisse im Reiche ihren Widerhall in den Parlamenten der einzelnen Länder finden. Es ist auch wahrscheinlich, daß die Neubildung der Regierung im Reiche seine Rückwirkungen auf die Länderregierungen haben wird. Gerade wer — wie die Deutsche demokratische Partei — immer die Notwendigkeit einer Homogenität zwischen Reichsregierung und preußischem Staatsministerium betont hat, wird nicht umhin können, jeden Weg, der zu diesem Ziele führt, gangbar zu machen. Allerdings wäre es falsch, wenn man in dieser Frage mit Hast vorgehen würde. Im Reiche haben sich die Verhältnisse noch nicht recht gesetzt, und es ist schon notwendig, einen gewissen Abschluß und eine erkennbare Klärung eintreten zu lassen, ehe man in den Ländern mit der Regierungsbildung nachfolgt. Der Ministerpräsident Stegerwald hat die Umbildung der preußischen Regierung für sachlich notwendig und politisch erwünscht erklärt, aber er hat durchaus recht, wenn er sagt, daß sich erst eine klare Mehrheit zusammenfinden und diese Mehrheit sich über einen Ministerpräsidenten verständigen müsse, ehe er selber zurücktritt. Diese Forderung ist berechtigt. Es darf nicht wieder so gehen wie bei der letzten Regierungsbildung, daß die Parteien monatelang sich in einem ständigen Kreise bewegen und immer neue Hindernisse für die Lösung einer Frage schaffen.

Man wird am schnellsten zu einer befriedigenden Lösung der Regierungsfrage und damit dann zu sachlicher Arbeit kommen, wenn man endlich einmal mit der Einstellung auf rein parteitaktische Fragen bricht. Die Programmreden der einzelnen Minister im Landtage, des Ministerpräsidenten, des Finanzministers und des Landwirtschaftsministers haben gezeigt, wie ernst die Probleme sind, die ihrer Lösung harren. Nichts wäre abweziger, als die großen Grundfragen des Staates, wie Finanzreform, Beseitigung der Defizitwirtschaft, Verwaltungsreform und Schulgesetze der Lösung durch Zufallsmehrheiten anzuvertrauen. Das geht einfach nicht. Man muß endlich hüben und drüben einsehen, daß der von den Demokraten vertretene Gedanke einer breiten Mitte Voraussetzung für eine geordnete Entwicklung und sachliche Erledigung ist. In dieser Hinsicht besteht auch zwischen den beiden Regierungsparteien in Preußen, dem Zentrum und den Demokraten, volle Übereinstimmung. Insbesondere deckt sich mit den demokratischen Auffassungen durchaus die Anschauung des Ministerpräsidenten Stegerwald, daß unsere neuen staatlichen Verhältnisse untrennbar verknüpft sind mit dem Führerproblem. Ohne Persönlichkeiten ist die Politik des neuen Deutschland, die das Programm durch Arbeit zur Freiheit verwirklichen will, nicht denkbar. Daß diese Persönlichkeiten aus allen Volksschichten hervorwachsen können, dafür ist gerade Herr Stegerwald ein lebendiger Beweis. Er hat seine zweite Rede mit allerlei Persönlichem gewürzt, aber man wird dagegen um so weniger einzuwenden haben, als dieser Arbeiterführer von einst es wirklich ernst meint, wenn er sagt, er sei erst Deutscher, dann Parteimann, erst Deutscher dann Arbeiter, erst Staatsbürger, dann Parteipolitiker. Hier berührt er sich mit jener Politik der Sachlichkeit, die außerordentlich überzeugend von den beiden demokratischen Rednern Oeser und Schreiber vertreten wurde. Auch sein Vorsatz, in den preußischen Finanzen Ordnung zu schaffen, deckt sich mit dem festen Willen der demokratischen Führer. Der Abg. Oeser hat mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Grundsteuer den Ländern und Gemeinden bleiben müsse. Aus den Mitteilungen des Finanzministers Saemisch war zu entnehmen, daß in dieser Forderung Regierungsparteien und Fachminister sich völlig einig sind. Nun ist es allerdings unmöglich, daß die fehlenden 2,36 Milliarden etwa aus der Grundsteuer für den Staat gewonnen werden können. Im Gegenteil, die schreiende Finanznot der Gemeinden erfordert eine besonders pfleglichе Behandlung der Grundsteuer. Hier darf den Gemeinden nicht das Wasser allzu sehr abgegraben werden. Es wäre auch ein Ding der Unmöglichkeit, die Gewerbesteuer noch schärfer auszugestalten. Handel und Gewerbe, besonders die mittleren und kleineren Betriebe, sind heute bereits an der äußersten Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Es war darum ein glücklicher Gedanke des demokratischen Sprechers Dr. Schreiber, eine progressive Grundsteuer anzuregen. Diese würde als eine Art Gewerbesteuer für den Großgrundbesitz in der Landwirtschaft wirken, während sie den landwirtschaftlichen Kleinbesitz verhältnismäßig entlastet. Neben der größeren Ergiebigkeit hätte eine solche Steuer noch den Vorzug, anregend und fördernd auf die Siedlung einzuwirken. Der Abg. Schreiber hat aber auch mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß die staatseigenen Betriebe in ihren Erträgnissen noch steigerungsfähig sind. Das gilt vielleicht von den Bergwerken, wahrscheinlich auch von den Forsten, sicher aber von den Domänen. Es ist direkt lächerlich, wie gering die Pachtsteigerung bei den neuverpachteten Domänen ist. Der Landwirtschaftsminister hat ein sachliches Programm gegeben, das gleichfalls sich mit den demokratischen Forderungen deckt. Wenn er die Vermehrung der ansässigen Landbevölkerung durch dichtere Siedlung des vorhandenen Kulturlandes und durch Neusiedlungen an die Spitze seiner Ausführungen stellte, so begegnet er sich mit dem, was die Demokraten seit drei Jahren unablässig verkünden. Es sollen nun in Zukunft jährlich 4000 Neusiedlungen geschaffen werden, das mildert die Arbeitslosigkeit und fördert durch den wachsenden Inventarbedarf Handwerk und Industrie. Arbeiterwohnungen sollen besonders auf dem Lande geschaffen werden und durch die Vermehrung und Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung soll möglichst dahin gewirkt werden, daß wir von der Lebensmitteleinfuhr, die in den letzten

Ein Appell des deutschen Reichskanzlers an England.

London, 8. Juni. Der deutsche Reichskanzler erklärte gegenüber dem Berichterstatter der „Daily News" über die oberschlesische Frage, es sei zwecklos, die Tatsache zu verheimlichen, daß das gesamte deutsche Volk sehr enttäuscht sei. Das deutsche Volk habe erwartet, daß die interalliierten Truppen in Oberschlesien die Sache der Gerechtigkeit vertreten würden. Er sehe jedoch, daß bisher kein Versuch gemacht worden sei, um die Polen zu zwingen, die Autorität der Interalliierten Kommission anzuerkennen. Eine klare Politik seitens der Alliierten in Oberschlesien nötig. Der Reichskanzler sagte weiter, die deutsche Regierung tue weiterhin Nichts äußerstes, um die deutsche Bevölkerung in Oberschlesien zu beruhigen; es sei aber sehr schwierig, das Volk, das bitter enttäuscht sei, zurückzuhalten. Trotz aller Enttäuschungen wolle die Regierung aber in dieser Politik der Mäßigung in Oberschlesien fortfahren, und sie hoffe, daß das Versprechen Englands, Deutschland fair play zu geben, nicht gebrochen werde. Dr. Wirth erklärte außerdem, die deutsche Regierung beabsichtige, unterstützt von der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes, ihre den Alliierten gegebenen Versprechungen zu halten, bevor die festgesetzte Zeitspanne abgelaufen sei.

Eine Entspannung der Lage in Oberschlesien.

Berlin, 8. Juni. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Wie uns von zuständiger Stelle in Berlin erklärt wird, ist heute morgen ein englisches Bataillon in Gleiwitz eingerückt. Es hat sogleich die Ruhe wieder hergestellt und die polnischen Insurgenten sind sofort verschwunden. In Klaptyp ist eine Kompagnie Italiener eingerückt. Der englische Besetzungsplan sah zunächst die Besetzung von Gleiwitz vor, von wo dann die Besetzung von Hindenburg, Beuthen, Kattowitz und Königshütte erfolgt. Die erste Etappe dieses Vormarsches ist jetzt erreicht. Es hat den Anschein, daß die Säuberung Oberschlesiens von den polnischen Insurgenten bald vollständig sein wird. In der Stimmung der oberschlesischen Bevölkerung ist eine deutliche Entspannung festzustellen. Die Beruhigung vertieft sich durch die Wahrnehmung, daß die alliierten Truppen gemeinsam vorgehen, daß also die Engländer den Widerstand des französischen Generals Le Rond gegen eine durchgreifende Aktion überwunden zu haben scheinen. Auch Mosenberg ist bereits von den Ententetruppen besetzt.

Ratibor, 8. Juni. (WTB.) Nachdem am Sonnabend die Vorhut Plumis unter dem polnischen Artilleriefeuer gelegen hat, räumten die Insurgenten morgens gegen 4 Uhr eine Anzahl 7,5 Handgranaten auf die Stadt.

London, 8. Juni. (WTB.) Reuter erfährt, daß gestern früh im Auswärtigen Amt keine neuen Nachrichten über die Lage in Oberschlesien vorlagen. Der letzte Schritt ist die von den Alliierten dem General Höfer zugegangene Mitteilung, die auch von alliierter Seite in Berlin unterstützt wurde. Das englische Kabinett prüft die deutsche Note, die gestern vom Botschafter Sthamer abgegeben wurde.

England lehnt die französiche Einmischung in das englisch-russische Abkommen ab.

Paris, 8. Juni. (WTB.) Havas meldet aus London: Es verlaute, daß gegenwärtig vom Auswärtigen Amt eine Antwort auf die gestern im „Daily Telegraph" veröffentlichte französische Note betr. das englisch-russische Abkommen abgefaßt werde. Reuter zufolge wird in dieser Antwort ausgeführt werden, England könne nicht alle von der französischen Regierung vorgebrachten Argumente anerkennen. Insbesondere könnten die von den englischen Gerichten gefällten Entscheidungen nicht abgeändert werden. Wenn der Augenblick für eine allgemeine Regelung zwischen den Vertretern der verschiedenen Mächte gekommen sein werde, die mit den englisch-russischen Handelsabkommen nichts zu tun habe, dann würden die französischen Forderungen, wie dies der englische Premierminister bereits öffentlich in maßgebender Weise erklärt habe, volle Beachtung finden. In diesem Augenblick werde Lloyd George die Franzosen, wie er es versprochen habe, unterstützen.

Eine neue Abstimmung der englischen Bergarbeiter.

London, 8. Juni. (WTB.) Der Vollzugsausschuß der Bergleute beschloß, die Vertreter der Bergleute zu der Konferenz vom 10. Juni einzuladen. Er rät den Mitgliedern, die Vorschläge der Grubenbesitzer zur Abstimmung zu unterbreiten.

Der Reichskanzler im Reichswirtschaftsrat über das Ultimatum

Berlin, 8. Juni. (WTB.) In der Sitzung des Reichswirtschaftsrates am heutigen Vormittag ergriff vor Eintritt in die Tagesordnung der Reichskanzler Dr. Wirth das Wort. Er führte aus, daß die außenpolitische Lage unser Zawort zu dem Ultimatum geklärt habe. Nicht geklärt sei die Frage der Regelung der Einzelheiten, die aus dem Ultimatum uns erwachsen. Wir haben in unserer auswärtigen Politik dem Gedanken Rechnung getragen, der der Leitstern unseres Volkes ist. Auch in der oberschlesischen Frage haben wir versucht, das Verhältnis der Deutschen zu der Interalliierten Kommission und zu den Polen auf dem Boden der Verständigung zu regeln, ohne daß die Waffen im Bürgerkrieg das letzte Wort zu sprechen haben. Wir können uns in der oberschlesischen Frage von dem Recht, das uns durch den Vertrag von Versailles gegeben ist, nicht abbringen lassen. Die oberschlesische Frage darf nicht nur durch die Diktatur der polnischen Insurgenten gelöst werden. Die Hauptsache ist, daß wir jetzt nicht die Nerven verlieren, daß die oberschlesische Frage durch Schiedsspruch des Obersten Rates gelöst wird, der nicht an dem Ergebnis der Abstimmung, die überwiegend deutsch war, vorübergehen kann. (Beifall.) Der Reichskanzler hat ferner den Reichswirtschaftsrat um seine Mitarbeit bei der schwierigen Aufgabe der Durchführung der Verpflichtungen des Ultimatums. Vor allem sei die Frage der Aufbringbarkeit und die Herausfindung eines neuen Index eine gewaltige Aufgabe für die schicksalvollen Beratungen des Reichswirtschaftsrates. Mit Pessimismus wollen wir an diese Aufgabe nicht herangehen, sondern mit Mut und Optimismus. Alle Kreise müssen sich darüber klar sein, daß nicht durch neue Kriege, sondern durch Opfer und Leistungen dem Vaterlande der Weg zu neuer Freiheit gebahnt werden kann. (Lebhafter Beifall.)

Das englische Kabinett gegen eine französisch-englische Allianz.

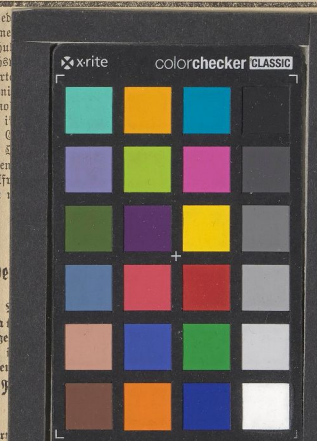
Paris, 8. Juni. (WTB.) Havas läßt sich aus London melden, nach Informationen, die aus amtlichen englischen Kreisen stammten, sei auf Anregung des Auswärtigen Amtes die neuerdings in der französischen und der englischen Presse vielfach erörterte Frage einer fest umrissenen Entente zwischen Frankreich und England in drei Sitzungen des englischen Kabinetts zur Sprache gekommen. Die Idee sei in der Form vorgebracht worden, daß England sich verpflichten solle, im Falle eines neuen Angriffes Frankreich beizustehen und daß Frankreich als Gegenleistung die englischen Bedenken gegen eine Besetzung des Ruhrgebietes berücksichtigen und mit England auch im Orient zusammenhalten solle. Für diese Entente seien zwei oder drei Minister, darunter Lord Curzon und Chamberlain, eingetreten. Die Mehrheit der Minister, darunter Churchill, habe aber den Plan nicht unterstützt. Gegenwärtig werde die Frage von den amtlichen Stellen nicht mehr erörtert.

Belgiens Zahlungsforderungen an Deutschland.

Paris, 8. Juni. (Priv.-Telegr.) Eine Brüsseler offizielle Depesche erklärt, daß Belgien gemäß den Abmachungen von Boulogne und Spa nicht darauf eingehen könne, durch den Erlös der deutschen Schuldverschreibungen bezahlt zu werden, sondern daß Belgien ein Privileg auf alle Zahlungen Deutschlands habe, so lange die Kosten der Besatzungsarmee nicht gedeckt seien. Die belgische Note erklärt ferner, daß die Frage der Kosten der Besatzungsarmee sowie die an Deutschland zu bezahlenden Kohlenpreise demnächst auf einer internationalen Konferenz in London oder Paris erörtert werden solle. Diese Konferenz werde sich auch mit der Verteilung der Summen befassen, die Deutschland bereits bezahlt habe oder bezahlen werde, wobei auf die beiden Privilegien, die Kosten der Besatzungsarmee und die Priorität Belgiens Rücksicht genommen werden müsse.

Zusammentritt des Parlaments von Nordirland.

London, 8. Juni. (WTB.) Nach einer Reutermeldung aus Belfast ist gestern das Parlament von Nordirland zusammengetreten. Nach der Wahl des Präsidenten wurden die Abgeordneten vereidigt. Der Premierminister James Craig verlas darauf die Liste der Mitglieder seines Kabinetts.



Spa hätten sich die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland mehr und mehr verschlechtert. Deshalb glaubt Wirth, daß die Londoner Konferenz unter ungünstigen Bedingungen begonnen worden sei. Es sei aber bedauerlich, daß die Besprechungen gescheitert seien. Die jetzige Regierung Deutschlands, unterstützt von der Mehrheit des deutschen Volkes, werde die Bedingungen des Ultimatums ausführen. Nach mehr oder weniger zurechtgemachten Statistiken könne man unmöglich die Produktionsfähigkeit Deutschlands festsetzen. Das sei ein großes akademisches Spiel, an dem gewisse Volkswirtschaftler Gefallen fänden, das aber von den Politikern nicht ernst genommen zu werden brauche, die ganz genau wüßten, welchen Überraschungen man sich aussetze, wenn man im voraus die industriellen zukünftigen Kurse Deutschlands festlegen wolle. Die Regierung werde sich darauf beschränken, die praktischsten Methoden zu suchen, um die Reparationspflicht in vollem Umfange zu erfüllen. Mehr als alle Reden seien Geldzahlungen und Sachlieferungen geeignet, den Weg zu einer Annäherung zu geben. Insbesondere werde er alle Sorgfalt darauf verwenden, daß in dem angeführten Zeitraum das Ultimatum eingehalten werde. Der Reichskanzler sprach dann über die

Entwaffnungsfrage in Bayern,

die er in günstigem Sinne beurteilte. Er sagte, er sei überzeugt, daß es in Bayern keine großen Waffendepots gebe und daß in einigen Tagen die Bürgerwaffen und die schweren Waffen abgeliefert werden. Was Oberschlesien betrifft, so erklärte Dr. Wirth, General Höfer sei Oberschlesier. Er verteidige seine eigenen von den polnischen Aufständischen bedrohten Landsleute. Er sei ein tapferer Soldat und ein sehr entgegenkommender Mann. Er habe die feste Hoffnung, daß die Interalliierte Kommission in diesen Tagen mit ihm ein Abkommen treffen werde. Er besitze keine Autorität über den General oder seine Truppen. Er werde aber das möglichste tun, um ein Einverständnis zwischen den Parteien zu erleichtern. Besondere Gerechtigkeit müsse er der deutschen Bevölkerung in Oberschlesien angedeihen lassen. Sie habe Beweise einer wahrhaften Engelsgeduld gegeben, unterstützt von der Hoffnung, daß Oberschlesien deutsch bleiben werde. Die Oberschlesier glaubten nicht mehr an die Gerechtigkeit, das sei eine sehr gefährliche Geistesverfassung. Es sei jetzt endlich Zeit, daß die interalliierte Kommission die Rechte und das Leben der deutschen Bevölkerung schütze. Tue sie das nicht, dann sei Oberschlesien vom Bürgerkrieg bedroht. Niemand sei verpflichtet, seinen Hals dem Würger darzubieten. Wirth erklärte, noch vor Weihnachten werde das erste Drittel des

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210608-18/fragment/page=0007